

Landtagswahlprogramm 2006

Inhaltsverzeichnis

	Präambel	4
5	Arbeit mit Zukunft	7
	Aufbruch zu einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	7
	Wettbewerbsfähige Unternehmen stärken	7
	Gezielte Förderpolitik	7
	Investitionen in Innovationen.....	8
10	Bedarfsgerechte Infrastruktur.....	8
	Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam	9
	Umweltallianz stärken	9
	Erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik.....	9
	Mehr Lebensqualität im ländlichen Raum.....	10
15	Regionale Vermarktung fördern	12
	Touristische Potenziale nutzen	12
	Naturverträgliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung.....	13
	Genfood – nein danke!.....	14
	Energiewirte des 21. Jahrhunderts.....	15
20	Raus aus der Schuldenfalle	15
	Für eine solide Haushaltspolitik	15
	Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit	16
	Für eine zukunftsgerechte Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik	16
	Jugend braucht Zukunft	16
25	Für eine neue Familienpolitik	17
	Familiengerechte Lebenswelt.....	18
	Kinderfreundliche Kommune	19
	Familiengerechte Arbeitswelt	20
	Seniorinnen und Senioren.....	21
30	Für eine gestaltende Gesundheitspolitik	21
	Zweiklassenmedizin vermeiden	22
	Ganzheitlicher Ansatz zur Gesundheitsförderung	23
	Realitätsnahe Sucht- und Drogenpolitik	23
	Gesundheitsprävention: Selbstverantwortung und Beratungsangebote	24
35	Für eine barrierefreie Gesellschaft	24
	Für bessere Bildung und mehr Leistung	25

	Für eine zukunftsfähige Bildungspolitik.....	25
	Länger gemeinsam lernen	25
	Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum	26
40	Kinder und Jugendliche sind die Hauptakteure.....	27
	Weg von bildungspolitischer Kleinstaaterei.....	27
	Umweltbildung	27
	Leistungsstarke Hochschulen	28
	Für lebendige Kulturangebote.....	30
45	Sport in einer bewegten Gesellschaft	32
	Lebenswerte Welt für nachkommende Generationen.....	32
	Für eine nachhaltige Umweltpolitik.....	32
	Nachhaltigkeitsstrategie für das Land	32
	Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	33
50	Entschlossenes Handeln für den Klimaschutz	33
	Mehr Energie aus regenerativen Quellen	34
	Investitionen in Netzstruktur und Kraft-Wärme-Kopplung.....	35
	Energiesparen (nicht nur) in landeseigenen Gebäuden	35
	Kein zurück zur Atomenergie.....	36
55	Morsleben so schnell wie möglich stilllegen.....	36
	Ökologische und nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen.....	37
	Flächenverbrauch reduzieren	37
	Natur- und Landschaftsschutz als Chance nutzen	38
	FFH- Richtlinie konsequenter umsetzen	38
60	Böden wirksam schützen.....	39
	Abfallvermeidung statt Überkapazitäten bei der Abfallentsorgung	39
	Feinstaubbelastung senken.....	40
	Lärmbelastung verringern.....	40
	Vor gefährlichen Chemikalien schützen.....	41
65	Wasserrahmenrichtlinie umsetzen.....	41
	Abwasser dezentral entsorgen	41
	Mehr Raum für Flüsse – mehr Schutz für Menschen	42
	Ökologischer Hochwasserschutz.....	43
	Ökologisch mobil	44
70	Für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik	44
	Strategisches Konzept für den Straßenbau	44
	Projekt „Null Verkehrstote“.....	45
	Öffentliche Verkehrsmittel attraktiv und bedarfsgerecht gestalten.....	45

	Projekt Innovationen im ÖPNV.....	46
75	Schieneinfrastruktur sichern.....	46
	Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren	47
	Güterschifffahrt an natürlichen Potenzialen orientieren	47
	Verkehrskonzept für die Elbe	48
	Förderprogramme für Fuß- und Radverkehr	49
80	Mittel auf Flughafen Leipzig-Halle konzentrieren.....	49
	Eine starke Stimme für den Verbraucherschutz	50
	Verbraucherrechte schützen und stärken.....	50
	Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe	51
	Verbraucherschutz als Ressort	51
85	Bürgerrechte stärken.....	52
	Für eine offene Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe	52
	Für eine konsequente Verwaltungsreform.....	52
	Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden erhalten.....	52
	Gesellschaftliche Willensbildung stärken.....	54
90	Für eine konsequente Gebietsreform	54
	Für eine konsequente Kommunalreform	55
	Sicherheit rechtsstaatlich gestalten	55
	Schutz der Privatsphäre.....	56
	Bürgernahe und unabhängige Justiz.....	57
95	DDR-Vergangenheit weiter aufarbeiten.....	57
	Bürgerbeteiligung erwünscht.....	58
	Gleiche Rechte für Lesben und Schwule.....	58
	Ja! Zu einem toleranten und weltoffenen Sachsen-Anhalt.....	59
	Nein! Zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	60
100	Gleiche Rechte, gleiche Chancen für Frauen und Männer.....	61
	Gleichstellung verwirklichen	61
	Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit.....	61
	Chancen auf Bildung, Aus- und Weiterbildung nutzen.....	62
	Aktiv gegen Gewalt	62
105	Diskriminierungen wirksam abbauen.....	63
	Stadtentwicklung aus Frauensicht.....	64
	Gleichstellungsbeauftragte unterstützen	64
	Stichwortverzeichnis	65

Präambel

110

Liebe Wählerinnen und Wähler,

115

mit dem Ihnen vorliegenden Wahlprogramm wollen wir Sie davon überzeugen, am 26. März Ihre Stimme für eine Politik zu geben, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, die der Familie und der heranwachsenden Generationen Vorfahrt einräumt und die heute die Alternativen für eine ökologische und zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik in der Zukunft legt.

120

Nachhaltigkeit ist unser Leitbild für eine Entwicklung, die soziale und wirtschaftliche aber vor allem auch ökologische Grundsätze beachtet. Ausgehend von diesem Leitbild möchten wir Ihnen unsere Reformansätze zur Lösung der dringendsten Probleme unseres Landes vorstellen.

125

Sachsen-Anhalt steht vor einem tief greifenden Umbruch, der den Bestand des Landes insgesamt in Frage stellt. In den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt einen dramatischen Bevölkerungsverlust erfahren. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Einwohnerzahl innerhalb von 60 Jahren nahezu halbiert haben! Jede neue Elterngeneration wird schmaler und damit auch die Zahl der Kinder. Die Veränderung des Generationengleichgewichts bringt nicht nur eine völlig andere Bevölkerungsstruktur mit sich, sondern ist auch eine Gefahr für die Innovationsfähigkeit des Landes.

130

135

Mit der Bevölkerungsentwicklung ist eine schmaler werdende Einnahmehasis verbunden. Eine geringere Bevölkerungszahl führt zu einem geringeren Steueraufkommen bzw. kopfgebundenen Zuweisungen von EU und Bund. Unsere Haushaltsslage wird sich daher in den kommenden Jahren weiter drastisch verschlechtern. Finanzielle Spielräume für Investitionen oder den Erhalt der Infrastruktur werden immer geringer. Wir werden uns daher für einen weitergehenden Konsolidierungskurs der staatlichen Finanzen einsetzen. Sparen heißt für uns aber auch Schwerpunkte setzen, Visionen entwickeln und die Menschen auf diesem Kurs mitzunehmen.

140

145

Bei den Bürgerinnen und Bürgern, die unser Land verlassen, handelt es sich nicht – wie oft vermutet – um Arbeitslose, die versuchen, in anderen Regionen Beschäftigung zu finden. Es sind vielmehr die gut ausgebildeten jungen Menschen, die hier aus vielfältigen Gründen nicht die Bedingungen vorfinden, um ihre Zukunft hier zu gestalten. So verliert das Land Stück für Stück auch die Köpfe und Führungskräfte, die es dringend im Kampf gegen das größte Problem des Landes – die Arbeitslosigkeit – benötigt.

Unsere Vorschläge, wie dieser Entwicklung aktiv entgegen gewirkt werden kann, erläutern wir Ihnen in diesem Programm.

150

Wir wollen Arbeitsplätze mit Zukunft. Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss in der Wirtschafts- und Bildungspolitik den richtigen Rahmen für die Zukunft vorgeben. Wir setzen auf eine Konzentration in Wachstumsbranchen, ergänzt durch eine gezielte Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen die Zusammenarbeit von Forschung und Unternehmen ausbauen, neue Wege in der ländlichen Entwicklung gehen und den Tourismus ausbauen. Mit unserem Ansatz „Erhalten statt neu bauen“ verfolgen wir das Ziel, dass trotz Bevölkerungsrückgang ein adäquates Angebot an öffentlicher Versorgung aufrechterhalten werden kann.

155

160

Um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern stehen bei uns die heranwachsenden Generationen im Vordergrund. Eine innovative Bildungspolitik unabhängig vom Einkommen, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie unsere Vorschläge zur Bildungs- und Hochschulreform sind nur einige Themen wie wir die beschriebenen Entwicklungen aufnehmen und gestalten wollen. Wir wollen eine Politik, die Kinder und Heranwachsende als Quelle qualitativen Wachstums und sozialen Ausgleichs versteht. Junge Menschen prägen die Zukunft einer Region, ihnen wollen wir Chancen eröffnen. In einem rohstoffarmen Land wächst Produktivität und Wirtschaftlichkeit auf der Balance von Investition in Bildungsgerechtigkeit und naturverträglichem Nutzen der natürlichen Ressourcen.

165

170

Die weltweite Zunahme von Umweltkatastrophen hat gezeigt, dass Umweltpolitik und ein ökologisch ausgerichteter Klimaschutz heute wichtiger sind denn je. Wir sehen unsere erfolgreiche Strategie - Weg vom Öl - aber auch als wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Innovationskraft des Standortes Sachsen-Anhalt. Wir sind die einzige politische Kraft, die Ressourcenverknappung als Chance versteht. Der Dreiklang von ökologischer Energieerzeugung, sparsamen Umgang mit Energie und Erforschung von neuen Verfahren garantiert wirtschaftliche Entwicklung und schützt Klima und Natur.

175

180

Die Landesregierung hat vor dem notwendigen Reformbedarf kapituliert. Sie hat den Bürgerinnen und Bürgern nicht verdeutlicht, dass aufgrund des in Teilen unumkehrbaren Schrumpfungsprozesses radikale Veränderungen notwendig sind. Die Diskussion um die Kreisgebietsreform ist dafür beispielhaft: Eine Reform von der jeder weiß, dass nach 10 – 15 Jahren eine weitere folgen muss.

185

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, dass sich Sachsen-Anhalt den offensichtlichen, alle Politikbereiche durchziehenden strukturellen Problemen offensiv stellen und weitgehende, aber auch optimistische, Antworten finden muss.

190

Unsere Antwort auf die ideen- und konzeptionslose Politik der Landesregierung ist eine konsequente, weitsichtige und nachhaltige Vision für Sachsen-Anhalt, eine Politik die Arbeitsplätze mit Zukunft schafft, die Kindern und Familien Vorfahrt einräumt und die auf eine zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik „Weg vom Öl“ setzt. Wir stehen für eine Politik, die über den nächsten Wahltag hinaus denkt, die die Zukunft gestalten statt verwalten will.

195

Sachsen-Anhalt braucht eine frische, engagierte, zukunftsorientierte und unverbrauchte Kraft im Landtag – uns – DIE GRÜNEN.

200

Wählen Sie daher am 26. März BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Arbeit mit Zukunft

Aufbruch zu einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

205 Durch den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten ökologischen Strukturwandel sind tausende neuer Arbeitsplätze entstanden. Bei erneuerbaren Energien hat die deutsche Industrie einen weltweit beachteten Boom ausgelöst, von denen sachsen-anhaltische Unternehmen in hohem Maße profitieren. Darüber hinaus haben sich im Land hochproduktiven Branchen wie Chemie, Ernährung, Maschinen- und Anlagenbau entwickelt. Der Tourismussektor verzeichnet jährliche Steigerungsraten.

210

Wettbewerbsfähige Unternehmen stärken

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Unterstützung wettbewerbsfähiger Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dabei müssen die bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landes weiter gestärkt sowie die Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung weiter gefördert und ausgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dabei nicht nur auf die exportorientierte Wirtschaft, sondern auch auf regionale Wirtschaftskreisläufe insbesondere im ländlichen Raum.

220 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen weiteren Bürokratieabbau ein. Dabei zielen wir auf die Vereinfachung und Entflechtung von Gesetzen und Verordnungen sowie auf zügigere Bewilligungsverfahren und den Abbau von Doppelprüfungen und Doppelgenehmigungen. Einen Abbau von Standards im Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Umweltbereich lehnen wir ab.

225

Eine „Sonderwirtschaftszone Ost“ lehnen wir ab. Niedrige Löhne sind heute in Sachsen-Anhalt schon in vielen Regionen und Branchen Realität. Wir wollen im Gegensatz dazu den Technologiestandort Sachsen-Anhalt weiter stärken und damit qualifizierte Arbeitskräfte halten und der Jugend bei uns eine Chance geben.

230

Gezielte Förderpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine veränderte Fördermittelpolitik an, die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung, regionale Kooperationen sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung stärkt und die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien- und gesellschaftlich nützlicher Arbeit fördert.

235

Wir wollen eine Konzentration der exportorientierten Förderung auf oben genannte Wachstumsbranchen. Vorrang haben beschäftigungswirksame Neu-Investitionen in mittelständischen Unternehmen. Es gilt, nicht nur die exportierende Wirtschaft zu fördern, sondern auch regional wirksame Wirtschaftsunternehmen. Kleine und mittelständische Unternehmen haben eine starke Bindung an ihre Region und sind auch in Zukunft der bestimmende Wirtschaftsfaktor. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Dem bisherigen Wettlauf der Kommunen um Wirtschaftsinvestitionen im Sinne der klassischen „Bürgermeisterkonkurrenz“ muss durch eine verstärkte und verstetigte Förderung von Kooperationen und Koordination der gesellschaftlich wie wirtschaftlich relevanten Kräfte auf regionaler Ebene entgegen gewirkt werden. Die Höhe der Förderung muss sich zukünftig an Nachhaltigkeitskriterien wie der Anzahl dauerhaft geschaffener Arbeitsplätze oder der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Produkte orientieren.

Das bisherige Gießkannenprinzip in der Fördermittelpolitik muss zugunsten einer gezielten Ansiedlung in gewerblich-industriellen Kernregionen sowie einer bedarfsgerechten Regionalförderung aufgegeben werden. Wir bevorzugen Neuinvestitionen auf Altstandorten oder Erweiterungen bestehender Gewerbe- und Industriegebiete, die Umsetzung von Energiesparprogrammen sowie den Auf- und Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und regionaler Ressourcen. Bestehende Förderprogramme müssen gebündelt und nach sächsischem Vorbild eine Förderrichtlinie „FR Regio“ zur gezielten Unterstützung regional tätiger Unternehmen eingeführt werden. Mittelfristig müssen Förderprogramme allerdings durch Darlehensprogramme ergänzt bzw. ersetzt werden.

Investitionen in Innovationen

Innovationen sind die Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir wollen Sachsen-Anhalt u. a. durch eine ambitionierte Umweltpolitik, die in Technologien, Effizienzsteigerungen, Ressourcenvermeidung und optimierte Produktionsabläufe investiert, ökologisch modernisieren. Neben der Erschließung neuer Technologiefelder setzen wir dabei u. a. auf Wachstumsbranchen wie den Gesundheitssektor, weiße und rote Gentechnik und Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen.

270 Bedarfsgerechte Infrastruktur

Die von der Landesregierung beklagte Infrastrukturlücke sehen wir nicht. Vielmehr sind wir dafür, Verkehrsinfrastruktur nur noch nach aktuellem Bedarf auszubauen. Darüber hinaus sind Infrastrukturinvestitionen stärker auf Folgekosten zu untersuchen.

275 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist zu prüfen, ob ländliche Räume die gleichen Infrastrukturstandards benötigen wie Verdichtungs- bzw. Ballungsräume. Wir wollen insbesondere bei der Infrastrukturförderung für Gewerbe- und Industriegebiete eine Orientierung an dem System der zentralen Orte, ergänzt durch Vorrang für Investitionen auf Altstandorten und Erweiterungsinvestitionen. Eine gesteigerte Auslastung bestehender Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen muss Vorrang vor der Neuschaffung haben.

Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam

Wir wollen die Vernetzung (Clusterbildung) zwischen Unternehmen und Hochschulen, 285 bzw. zwischen Unternehmen untereinander ausbauen und fördern. Die Chancen im Umfeld von Universitäten, Fachhochschulen und Instituten sollen durch gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Wir setzen dabei auf eine Schwerpunktsetzung und Profilbildung der Universitäten und der Forschungseinrichtungen.

290 Zu einem intensiveren Austausch zwischen Forschung, Ausbildung und Unternehmen wollen wir u. a. Patentanmeldung und die wirtschaftliche Auswertung von Patenten fördern, verstärkt Praktiker aus Unternehmen in die Lehre einbinden (z.B. als Privatdozenten) und gezielt den Weiterbildungsbedarf der Unternehmen durch praxisnahe (Fach)Hochschulangebote decken. Insbesondere KMU wollen wir dabei finanziell unterstützen.

Umweltallianz stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die 1999 gegründete Umweltallianz des Landes Sachsen-Anhalt offensiv weiter ausbauen, da wettbewerbsfähiges und umweltgerechtes Wirtschaften keine Gegensätze sind. Ohne Umwelt- und Sozialstandards abzubauen, treten wir dafür ein, dass die Regulierungsdichte im Umwelt- und Genehmigungsrecht weiter abgebaut wird. So könnte für Unternehmen, die ein EG-Öko-Audit besitzen auf zusätzliche Berichts- und Kontrollpflichten verzichtet werden, indem z. B. Leistungen im Öko-Audit anerkannt werden. Wir unterstützen den Ansatz, Mitgliedern der Umweltallianz (aber 305 auch anderen), bei freiwilligen Investitionen in den Umweltschutz höhere Beihilfen zu gewähren.

Erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik

Ziel bündnisgrüner Arbeitsmarktpolitik ist die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt. Viele Rahmenbedingungen werden auf Bundesebene gesetzt, wie z. B. die Senkung der Lohnnebenkosten, trotzdem besitzt die Landesregierung 310

315 mit ihrer Bildungshoheit eine wesentliche Stellschraube, denn ein hoher Bildungsstandard ist die beste Gewähr gegen Arbeitslosigkeit. Die Politik muss nicht nur hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch Fachkräfte zur Verfügung stehen.

320 Die Agenturen für Arbeit sind dabei unverzichtbar, müssen aber an vielen Punkten verbessert und durch private Vermittler ergänzt werden. Oberstes Ziel muss eine Erhöhung der Erfolgsquote bei der Arbeitsvermittlung sein. Ob dies durch gezielte Fortbildungsangebote, psychologisch-soziale Hilfestellungen oder durch Hilfe bei der Organisation einer Pflegehilfe geschieht, hängt von Fall zu Fall ab.

325 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für eine familienfreundliche Arbeitswelt, mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und hoher gesellschaftlicher Anerkennung von Familienarbeit. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass der öffentliche Dienst und die private Wirtschaft mit vermehrten Teilzeitangeboten das Leben und Arbeiten mit Kindern erleichtern.

330 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für branchenbezogene Mindestlöhne in Tarifverträgen ein. Um Lohndumping zu verhindern sehen wir die Notwendigkeit einer staatlichen Flankierung in solchen Branchen, in denen Tarifverträge geringe Bedeutung haben.

335 Wir wollen, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur gezielten Förderung von Gruppen mit besonderen Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten Weiterbildung am Bedarf der Unternehmen, verwendet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch steuerfinanzierte öffentliche Beschäftigung in gemeinnützigen Verbänden und Projekten ersetzt werden. Notwendig ist dabei eine ehrliche Erfolgskontrolle der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik.

340

Mehr Lebensqualität im ländlichen Raum

345 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältigen Funktionen ländlicher Räume stärken und die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessern. Dafür brauchen wir eine multifunktionale Landwirtschaft, die ökonomische mit sozialen und ökologischen Zielen verbindet. Und wir brauchen die Menschen vor Ort, die für neue Möglichkeiten und Wege offen sind, denn ländliche Entwicklung lebt vom Mitmachen, von der Eigeninitiative und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Wir müssen dringend der besonders hohen Arbeitslosigkeit und Abwanderung im ländlichen Raum entgegenwirken. Denn durch die Abwanderung wird der Erhalt der Infrastrukturen von Straßen über Abwasserentsorgung bis hin zu schulischen und vorschulischen Angeboten immer schwieriger. In der Nähe zu den Ballungsräumen profitieren die ländlichen Regionen allerdings von einem Zuzug der Menschen und entwickeln sich zu bevorzugten Wohnorten für Städter.

355

Ländliche Entwicklung muss an den regionalen Entwicklungspotentialen ansetzen. Sachsen-Anhalt besitzt eine in Deutschland nahezu einmalige Vielfalt an Naturräumen. Die hohe Anzahl an Großschutzgebieten wie Naturparks, Biosphärenreservaten und dem Nationalpark Harz unterstreichen, dass die Regionen Sachsen-Anhalts die Potentiale und Chancen erkannt haben und diese gezielt weiter entwickeln wollen. Wir setzen auf eine integrierte ländliche Entwicklung. Dazu wollen wir das wichtigste Förderinstrumentarium für den ländlichen Raum, die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz, stärker zur Förderung weicher Standortfaktoren einzusetzen und gleichzeitig über dieses Instrumentarium regionale Wirtschaftskreisläufe stärker unterstützen, so z. B. das Handwerk oder Nah- und Grundversorgungseinrichtungen. Der flexible Ansatz des Förderinstruments LEADER muss landesweit ausgedehnt werden. Dazu gehört für uns auch eine gesicherte institutionelle Unterstützung der Großschutzgebiete (Naturparke, Nationalpark, Biosphärenreservat).

370

Wir wollen bedarfsgerechte Infrastrukturen und flexible Lösungen zum Erhalt der Grundversorgung für dünn besiedelte Regionen. Bauliche und technische Infrastruktur muss kreativ angepasst und ggf. rückgebaut werden. Dezentrale Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten muss Vorrang vor Zwangsanschlüssen an zentrale Abwasserentsorgungen haben.

375

Wenn man die Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur im Dorf aufrechterhalten will, dann bedarf es angesichts der veränderten ökonomischen Realitäten oftmals neuer betriebswirtschaftlicher Konzepte. Der Dorfladen muss verstärkt die ganze Palette von Waren und Dienstleistungen anbieten - von der Milch und der Briefmarke hin zur Fotokopie und dem Internetzugang.

Zur Aufrechterhaltung einer schulischen und vorschulischen Versorgung setzen wir uns dafür ein, das auch einzügige Schulen in dünn besiedelten Gebieten zugelassen werden. Zur Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung ist es dringend geboten, neue Wege zu gehen. Gesundheitshäuser in den Grundzentren, mobile Arztpraxen oder Gemeindefschwern können eine Möglichkeit sein.

Die Bedeutung des ÖPNV wird in Zeiten steigender Öl- und Benzinpreise eher noch steigen. Gleichzeitig wird die Aufrechterhaltung des Angebots des ÖPNV bei abnehmender Bevölkerungsdichte schwieriger. Es gilt, den klassischen Linienverkehr in der Fläche um flexible und bedarfsgesteuerte Bedienungsformen zu ergänzen (z.B. Rufbusangebote, Shuttleverkehre etc.). Dabei empfiehlt es sich, neben den Verkehrsgesellschaften auch andere Mobilitätsdienstleister (z.B. Taxi- und Mietwagenunternehmen) einzubeziehen.

395 **Regionale Vermarktung fördern**

In den naturräumlichen Potenzialen besteht eine wesentliche Basis zum Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Wir unterstützen insbesondere dort Regionalvermarktungsinitiativen, wo sich Synergieeffekte mit einer touristischen Nutzung und Vermarktung realisieren lassen. Wir setzen bei der Entwicklung der Potenziale im ländlichen Raum auf eine integrierte Strategie, die die landwirtschaftliche Produktion mit der Erschließung neuer Einkommensquellen verbindet. Dazu gehören die Weiterverarbeitung und Veredelung hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Produktion regenerativer Energien, Anbau und Weiterverarbeitung nachwachsender Rohstoffe und den Ausbau touristischer Angebote. Wir wollen vorhandene Lücken in Wertschöpfungsketten schließen, dezentrale Strukturen fördern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, so dass sich der Absatz von Gütern in der Region, in der sie erzeugt werden, deutlich erhöht. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, schafft und erhält Arbeitsplätze und sichert die Vielfalt und Lebensqualität. Gleichzeitig entlasten kürzere Transportwege die Umwelt.

410 Wir wollen regionale Vermarktungsinitiativen gezielt unterstützen, um einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Identität sowie zur Schließung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu leisten. Die regionale Vermarktung bietet der Landwirtschaft eine Alternative von den von wenigen Supermarktketten dominierten Vertriebswegen. Den Verbrauchern bietet sie transparente, individuelle Produktqualität statt anonymer Massenware.

415

Touristische Potenziale nutzen

Der Tourismus ist einer der am stärksten wachsenden Märkte in Sachsen-Anhalt. Gerade von dem Trend zum Urlaub im Inland, aber auch vom stärker zunehmenden Kultur- und Fahrradtourismus profitiert das Land in nicht unerheblichen Maße, wie die zunehmenden Übernachtungszahlen in nahezu allen touristischen Regionen des Landes belegen. So hängen über 40.000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt vom Tourismus und von anderen Freizeitaktivitäten direkt ab.

425 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt in ihrer jetzigen Form erhalten. Wir wollen eine zielgerichtete Förderung regionaler touristischer Projekte. Hierbei muss eine wirtschaftliche Tragfähigkeit über den Förderzeitraum hinaus eindeutig gewährleistet sein. Hier sehen wir noch erhebliches Potential zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

430 Wir streben an, die Landesmarketingschwerpunkte im Tourismus auf „Radtourismus“ und „Weltkulturerbestätten“ zu erweitern. Touristische Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege müssen in Verantwortung des Landes aufgebaut und gepflegt, regionale Radwegenetze über die GA-Infrastruktur-Förderung in Verantwortung der Landkreise (und nicht der Kommunen wie derzeit praktiziert) zielgerichtet gefördert werden.

435 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren dafür, bestehende UNESCO Welterbestätten an der Elbe auszuweiten und zu vernetzen. Das Prädikat UNESCO-Welterbe macht Sachsen-Anhalt international bekannt und ist somit ein Motor für die mittelständischen Gewerbe im Tourismus.

440 Die Förderung des Tourismusmarketing muss sich zukünftig, neben der thematischen Schwerpunktsetzung, auf die touristischen Regionen konzentrieren. Nur ein gemeinsames Auftreten bündelt Kräfte und schafft die notwendigen Synergieeffekte, damit Sachsen-Anhalts Regionen im nationalen und internationalen Wettbewerb wahrgenommen werden. Wir wollen Sachsen-Anhalts Naturparke zu naturverträglichen Tourismusregionen durch
445 eine verstetigte institutionelle Förderung und engere Kooperationen mit regionalen Tourismusverbänden entwickeln.

Der touristische Sektor Bedarf noch stärker einer Qualitätsoffensive und einer stärkeren Zielgruppenorientierung auf Senioren, Familien sowie auf den barrierefreien Tourismus.
450 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Qualitätsoffensive des Landes im Rahmen des TQM (Total Quality Management System) und setzen sich für eine Unterstützung der nationalen Dachmarke für umweltgerechten Tourismus VIABONO ein.

Naturverträgliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung

455 Eine nachhaltige, umweltgerechte und ökologische Landbewirtschaftung sichert einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten das Überleben. Hier nehmen Landwirte Funktionen für das Allgemeinwohl wahr. Darüber hinaus dienen landwirtschaftliche Produktionsflächen der Trinkwassergewinnung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Klimaregulierung. Insgesamt gibt die landwirtschaftliche Primärproduktion noch über 20.000 Menschen im
460 Land Arbeit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN räumen der naturverträglichen Landwirtschaft und der artgerechten Tierhaltung oberste Priorität ein. Unser Leitbild ist eine ökologische Landwirtschaft, weil sie die natürlichen Lebensgrundlagen durch Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie mineralischen Dünger schont, Boden und Grundwasser durch geschlossene Nährstoffkreisläufe schützt und eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Wir wenden uns energisch gegen die Errichtung industrieller Tierhaltungsanlagen.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wollen wir die Agrarförderung an Nachhaltigkeitskriterien wie Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und/oder einer umweltgerechten Produktionsweise bzw. artgerechten Tierhaltung ausrichten. Ob konventionell oder ökologisch – wir unterstützen alle Maßnahmen, die dazu dienen, Transparenz und Qualität der Produkte zu sichern. Dazu gehört, dass die Lebensmittelproduktion vom Stall/Acker bis zur Ladentheke lückenlos rückverfolgbar sind.

Um der Landwirtschaft neue Einkommensquellen zu eröffnen, wollen wir regionale Strukturen, Vermarktung und Verarbeitung unterstützen, auch um möglichst kurze Wege zum Verbraucher zu garantieren. Weiterhin wollen wir die Nähe zu Ernährungsindustrie nutzen, um die landwirtschaftlichen Produkte noch stärker vor Ort in der Lebensmittelindustrie einzusetzen bzw. zu verarbeiten.

Wir wollen die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologischen Landbau, durch finanzielle Unterstützung bei Weiterbildung, Umstellung und Vermarktung unterstützen.

485

Genfood – nein danke!

Sachsen-Anhalt besitzt die besten Böden Deutschlands. Durch die Politik der derzeitigen Landesregierung, die die Forschung und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen mittels finanzieller Anreize und durch spektakuläre Beschlüsse (Anlage von Versuchsfeldern für Gen-Mais und Gen-Weizen) vorantreiben will, wird dieses Potenzial verspielt. Die im Gentechnikgesetz festgelegten Abstands- und Haftungsregelungen sollen benachbarte landwirtschaftliche Anbauflächen und die Natur vor der unkontrollierten Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen schützen und die Verursacher eventueller Schäden haftbar machen. Die derzeitige Landesregierung ignoriert diese Regelungen und treibt stattdessen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen voran.

495

Wir wollen eine gentechnikfreie Landwirtschaft und lehnen Gentechnik in der Nahrung sowie die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ab. Es muss künftig weiter möglich sein, gentechnikfreie Lebensmittel zu produzieren und zu kaufen. Mit der Umset-

500 zung der EU-Richtlinie zur Koexistenz des ökologischen, traditionellen und gentechni-
schen Landbaus durch die Bundesregierung sollen auch zukünftig der Anbau und der
Konsum gentechnikfreier Produkte gesichert werden. Dies ist nur möglich, wenn groß-
räumige gentechnikfreie Regionen entstehen, in denen sich die Landwirte verpflichten, auf
505 gentechnisch verändertes Saatgut zu verzichten. Wir unterstützen Initiativen und landwirt-
schaftliche Betriebe bei der Schaffung gentechnikfreier Regionen.

Energiewirte des 21. Jahrhunderts

Um den Anbau und die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe weiter auszubauen, und
damit auch den landwirtschaftlichen Betrieben neue Einkommensmöglichkeiten zu ermög-
510 lichen, setzen wir uns für eine Unterstützung des Markteinführungsprogramms Dämmstof-
fe aus nachwachsenden Rohstoffen ein.

Mit einem Programm „Energie und Landwirtschaft“ wollen wir landwirtschaftliche Betriebe
dabei unterstützen, die Verwertung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen oder landwirtschaft-
licher Abfälle wie Gülle verstärkt energetisch zu nutzen. Sachsen-Anhalts Land- und
515 Forstwirte sollen die Energiewirte des 21. Jahrhunderts werden.

Raus aus der Schuldenfalle

Für eine solide Haushaltspolitik

520 Ziel bündnisgrüner Finanz- und Haushaltspolitik ist es, die jährliche Neuverschuldung wei-
ter zurück zu führen und mittelfristig keine neuen Schulden aufzunehmen. Dazu wird es
notwendig sein, die Einnahmen zu verstetigen und die Ausgaben weiter zu kürzen. Wir
stehen für Verbesserungen im Steuerrecht, wenden uns aber gegen Steuergeschenke.

525 Grundsätzlich streben wir an, den Investitionsbegriff auch auf Humankapital auszuweiten.
Um die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Investitionsquote zukunftsweisend zu ges-
talteten, müssen auch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung einbezogen
werden.

530 Wir wollen, dass das Land der Schuldenfalle kommt. Denn derzeit können nur 42 Prozent
des Landeshaushaltsses aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt werden. Der verbleibende
Rest von etwa sechs Milliarden Euro wird durch Zuweisungen seitens des Bundes, Um-
verteilung zwischen den Bundesländern (Länderfinanzausgleich) und neue Schulden ge-
deckt.

535 Kennzeichnend ist, dass der Anteil konsumtiver Ausgaben im Vergleich zu den investiven
Ausgaben immer mehr steigt. Beispiel: In Sachsen ist ein Viertel mehr Beschäftigte im öf-

540 fentlichen Dienst angestellt als in vergleichbar strukturschwachen westdeutschen Bundes-
ländern. Weiterhin verwendet das Land Sachsen-Anhalt die Mittel aus dem Solidarpakt
entgegen den Absprachen mit dem Bund für konsumtive statt für investive Ausgaben. Das
widerspricht der Zweckbindung.

545 Einsparpotentiale bestehen für uns in erster Linie bei den Personalausgaben, denn insbe-
sondere Verwaltungsbereichen ist ein deutlicher Personalüberhang zu verzeichnen.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden hier den Personalabbau weiter vorantreiben. Wir
wenden uns aber gegen die Verbeamtung von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes
außerhalb strikt hoheitlicher Aufgaben, z.B. in Polizei und Justiz, da hierdurch eine unab-
sehbare Kostenbelastung der Haushalte in der Zukunft aufgebaut wird.

550 Wir schließen eine weitere Kürzung der Mittel für die Kinderbetreuung sowie eine weitere
Reduzierung der Finanzausweisungen für die Kommunen aus. Bei der Höhe der kommu-
nalen Finanzausweisungen müssen die Kommunen Planungssicherheit erhalten.

555 Im Rahmen der Föderalismusdiskussion setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Zu-
ständigkeit für die Steuerverwaltung übernimmt, damit das ineffektive Neben- und Ge-
geneinander von 16 Steuerverwaltungen ein Ende hat.

560 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die entsprechenden Landesgesetze so verändern,
dass die Einführung von kommunalen Bürgerhaushalten möglich ist. Das Wesen des Bür-
gerhaushaltes besteht darin, dass Bürger und Bürgerinnen ihre Vorstellungen zur Ausrich-
tung der Haushaltspolitik gemeinsam erarbeiten und gegenüber Politikern und Politikerin-
nen und der Verwaltung zum Ausdruck bringen können. Der Prozess der Erarbeitung die-
ser Richtungen ist dabei durch Öffentlichkeit, Transparenz und Rechenschaft seitens Poli-
tik und Verwaltung gegenüber Bürgern und Bürgerinnen gekennzeichnet.

565

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit

Für eine zukunftsgerechte Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik

570 Jugend braucht Zukunft

Jugendbildung und der Jugendfreizeitbereich leiden unter einer grundsätzlichen Unterfi-
nanzierung. Der Konkurrenzdruck, den die Landesregierung bewusst erzeugt, führt nicht
zu einer Qualitätssteigerung, sondern zu einem Gegeneinanderarbeiten von Vereinen und
Verbänden. Der Kinder- und Jugendring wird hierbei seinem Vertretungsanspruch nicht
575 gerecht. Weniger Bürokratie, einfachere und flexible Verfahrensweisen kommen dabei der

Spontaneität, die Jugendinitiativen innewohnt entgegen. Eigenengagement darf dabei nicht an komplizierter Förderstruktur scheitern. Kontinuität und Planungssicherheit für etablierte Träger auf der einen Seite und Flexibilität bei der Förderung für selbstorganisierte Initiativen auf der anderen Seite, sind dafür notwendig.

580

Wir wollen die Fördertöpfe zusammenführen, Budgets ermöglichen und mehr Bedarfsorientierung etablieren. Jugendarbeit ist kein Luxus, der der fiskalischen Willkür unterliegen darf. Bei einer sachgerechten Förderung der Jugendlichen sollten keine hohen Teilnehmergebühren erhoben werden und der Zugang muss niedrigschwellig sein. Mit einer an den Interessen von Jugendlichen anknüpfenden Jugendpolitik kann auch die Zuwendung zu rechtsextremen Gedankengut verhindert werden.

585

Um die Zukunftsperspektiven junger Leute zu stärken, braucht es eine hochwertige, zielorientierte Ausbildung. Jugendberufshilfe und Freiwillige soziale oder ökologische Jahre dienen der Orientierungssuche und sollten ebenso wie auch die Vermittlung von Praktika ohne hohe Zugangsschwellen vermittelt werden.

590

Wir treten allen Bestrebungen der Landesregierung im Bundesrat entgegen, den Regelungsbereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auf die Länder zu übertragen. Zu offensichtlich sind die Begehrlichkeiten, in diesem Bereich freier streichen zu wollen. Leistungseinschränkungen im Bereich der Jugendhilfe rächen sich in den Kommunen (Straßenkinder), in der Jugendgerichtshilfe und bei der Integration schwieriger Kinder ins Bildungssystem und in die Gemeinde. Der Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung und Unterstützung bei Teilleistungsstörungen wie Legasthenie bleiben notwendig und verhindern „Versagenskarrieren“.

600

Für eine neue Familienpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen ihre neue Familien- und Kinderpolitik als eine praktische Politik, die sich an den Bedürfnissen der in Sachsen-Anhalt lebenden jungen Menschen, Eltern und Kinder orientiert.

605

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen angesichts der wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Lage in unserem Bundesland eine neue Familienpolitik in Sachsen-Anhalt. Das Familienfördergesetz (FamFöG) reduziert sich auf die Festschreibung von Bestehendem unter Haushaltsvorbehalt und wird seinem Anspruch nicht gerecht. Wir wenden uns gegen diese Symbolpolitik von CDU/FDP. Auch wenn Familienförderung immer mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, vertreten wir den grundsätzlichen Anspruch, dass Kinder und ihre Familien einen eigenständigen Anspruch auf gesellschaftliche Ressourcen

610

615 haben. Wenn unser Land eine Zukunft haben will, muss sich den Bedarfslagen von Familien zugewendet werden, eine rein geburtenfördernde Familienpolitik lehnen wir ab.

620 Familienpolitik muss sich vorrangig den Familien zuwenden, in denen Kinder aufwachsen oder der Wunsch nach Kindern besteht. Sie muss als ressortübergreifende Politik Antworten auf vielfältigste gesellschaftliche Prozesse geben, Wir stehen für einen integrativen Ansatz, der alle Lebensbereiche kinder- und familienfreundlich gestaltet. Dabei sind der kulturelle Wandel zu beachten und strukturelle Veränderungen in den Lebenswelten junger Menschen zu analysieren. Spezielle Bedürfnisse von Patchworkfamilien, Alleinerziehenden und Kinderreichen müssen bei allen familienpolitischen Maßnahmen mitgedacht werden.

625

630 Zentrales Ziel unserer Familienpolitik ist es, die Lebensumwelt kinder- und familienfreundlicher zu gestalten. Familienfreundliche Landespolitik zeigt sich in konkreten Maßnahmen zur besseren Gestaltung der Lebensräume von Kindern. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet das, die Partizipation der Familien, ressortübergreifendes Handeln auf Staatssekretäresebene und eine gute Finanzgrundlage für Familien unterstützende Leistungen zu gewährleisten. Auch in der Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits- und Jugendpolitik und bei der Städteplanung sind die Interessen von Familien zu berücksichtigen.

635 Auf Landesebene dürfen nicht immer mehr zusätzlichen Kosten auf Kommunen und Eltern verschoben werden. Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Schulbuchfreiheit und wollen die kostenlose Schülerbeförderung aufrechterhalten. Alle Gebühren müssen familiengerecht gestaltet werden.

Familiengerechte Lebenswelt

640 Männer und Frauen brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen, um sich für Kinder entscheiden zu können. Familien brauchen dazu auch die Stärkung ihrer Erziehungskompetenz und Erleichterungen im Alltagsmanagement. Hier kann eine in der Breite wirkende Familienhilfe entlastend wirken. Familienbildung, Erziehungsberatung und Erziehungshilfe im Rahmen der Leistungen der Jugendhilfe sind geeignete Mittel zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern. Familienbildung muss als Ort der Wertevielfalt erhalten und ausgebaut werden. Die Arbeit der freien Träger ist dabei unersetzlich.

650 Zu einer familiengerechten Lebenswelt gehören die Qualität der Kinderbetreuung ebenso, wie die infrastrukturellen Angebote für Familien in ihrem unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeld. Auch bezahlbarer und ausreichender Wohnraum gehört zum lebensnotwendigen Existenzminimum von Familien. Im Rahmen des Stadtumbauprogramms Ost

sind auch ausreichend große und bezahlbare Mietwohnungen für Familien mit Kindern zu schaffen. Inwieweit öffentlicher Raum den Anforderungen gerecht werden kann, hängt letztlich auch davon ab, ob und wie Familien an seiner Gestaltung relevant mitwirken werden.

655

Durch lokale Bündnisse für Familien können Netzwerke gegenseitiger Unterstützung entstehen, in denen sich Menschen in gleicher Lebenslage treffen. Besonderes Ziel dabei muss es dabei auch sein, unsinnige bürokratische Hürden für private Initiativen zur lokalen Verbesserung der Lebensräume für Familien abzubauen. Die Vernetzung aller Institutionen, denen Familienfreundlichkeit in der Kommune ein Anliegen sind, ist anzustreben, soziale Netzwerke, familienfreundliche Nachbarschaften und Angebote, wie z.B. Hol- und Bringdienste, Babysitting und flexible Familienbildungsangebote, sind zu schaffen.

660

Zur Realisierung der Gestaltung besserer Lebensräume mittels partizipativer Ansätze sind im Land gezielte Qualifikationsmöglichkeiten für Netzwerker und Netzwerkerinnen zu schaffen. Professionelle Unterstützung muss dabei auch zusätzlich ausfinanziert werden.

665

Kinderfreundliche Kommune

Die kindgerechte Stadtlandschaft ist eines der wichtigsten Ziele des ökologischen Stadtumbaus. Konkrete Ansatzpunkte sind die Einbeziehung von Familien bei der Planung und Definition konkreter (Frei-) Flächen und (Spiel-) Räume und deren Verbindung. Dazu wollen wir, den Ausbau von Grünflächen mit Bäumen und Büschen, Bächen, Wasserfällen und flachen Tümpeln als Spielorte für Kinder durch eine moderne Stadtplanung. Das bedeutet auch Barrierefreiheit für Familienmobilität, verkehrsberuhigte Zonen, sichere Radwege und kinderwagengeeignete Wege.

670

675

Wir wollen den Ausbau sozialräumlich gebundener Zentren (Stadtteilzentren, Gemeindezentren). Das heißt die Schule am Ort sollte organisatorisch und räumlich verbunden werden mit der Kindertagesstätte und Angeboten für Eltern für Begegnung, Selbsthilfe, Bildung und Beratung. Zusätzlich zur Förderung der Arbeit der bereits vorhandenen Einrichtungen zur Familienbildung muss die Familienbildung auch verstärkt als Aufgabe an Kindertagesstätten und Schulen umgesetzt werden. Unsere Vision ist das offene Haus, in dem Kinder betreut werden, lernen und Menschen sich treffen können, als kulturelles Zentrum des Ortes oder des Wohngebietes. Auch alte Menschen können dort integriert werden und Generationen übergreifendes Miteinander von früh bis abends bildet den kulturellen Kern des Quartiers.

680

685

Eine Kinderfreundlichkeitprüfung in den Kommunen ist für uns kein formaler, verwaltungstechnischer Akt, sondern ein auf Kommunikation und Mitbestimmung basierender Prozess. Dazu sollte in Sachsen-Anhalt verbindlich festgeschrieben werden, dass Raum und

690 Gelegenheit für Begegnung der Generationen und unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bei der Festlegung der Entwicklungsziele in den Städten und Gemeinden (z.B. kommunale Kinder- und Jugendparlamente, Beteiligung an der Stadtplanung) gegeben wird.

Wir wollen, dass Familien auf kommunaler Ebene ihre Erfahrungen einbringen und zu aktuellen Projekten Stellung zu nehmen. Parallel können anonyme Elternbefragungen eingesetzt werden. Eine Bürger- und Bürgerinnenkonferenz, wie wir sie uns vorstellen, lädt Familienmitglieder entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu einer Familienkonferenz ein.

700 **Familiengerechte Arbeitswelt**

Wir wollen neue Arbeitszeitmodelle. Durch ein flexibles Arbeitszeitvolumen könnten Frauen und Männer ohne Karriere- oder Arbeitsplatznachteile ihre verschiedenen Lebensphasen gestalten. Unser Ziel ist eine geschlechtergerechte Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und ein Wandel hin zur gemeinsamen sozialen Verantwortungsübernahme von Männern und Frauen. Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben familienfreundlichen Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung.

Besonders für klein- und mittelständige Unternehmen muss der Absicherungsfond der Versorgungsämter entbürokratisiert und verbessert werden, um den Ausfall von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Erkrankung des Kindes abzufedern.

Wir wollen, dass bei der öffentlichen Fördermittelvergabe an die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt die Einhaltung des Gender-Budgeting und einer Familienverträglichkeitsprüfung Voraussetzung für die Bewilligung von Mitteln ist. Dabei kann die verstärkte Vergabe von Zertifikaten an Unternehmen in Sachsen-Anhalt für eine besonders frauen- und familiengerechte Organisation der Arbeit ein notwendiges Qualitätskriterium sein.

Beginnend im öffentlichen Dienst, wollen wir verbindlich festlegen, dass die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen familienfester wird. Eine familienfreundliche Sozialauswahl meint Kündigungsschutz für Eltern auch bei vergleichsweise kurzer Betriebsangehörigkeit und Chancen für junge Frauen. Dieses Prinzip muss gerade wegen einer sinnvollen Altersdurchmischung durchgesetzt werden.

725 Wir wollen institutionalisierte Angebote, die darauf abzielen, Eltern in ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang zu stärken und ihnen den Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen

zu ermöglichen. Dafür sind unternehmensnahe oder überbetriebliche Elternakademien geeignet.

730 **Seniorinnen und Senioren**

Die demografische Entwicklung in Deutschland bewirkt einen immer stärker werdenden Teil von älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung. In einem Land wie Sachsen-Anhalt, was dazu noch mit steigendem Abwanderungsdrang, vor allem jüngerer Bevölkerungsteile konfrontiert ist, muss diese Entwicklung besondere Beachtung finden. Seniorenpolitik tangiert bereits jetzt alle Politikfelder und wird sich auch in der Zukunft immer stärker auf diese auswirken. Die Politik muss darauf verstärkt reagieren, versuchen Risiken abzuwenden und Anreize für jüngere Menschen schaffen im Lande zu bleiben, aber sie muss auch die Chancen und Möglichkeiten einer Solidarisierung zwischen alt und jung, eines Dialogs der Generationen sehen, fördern und nutzen. Die neue Senioren-
740 generation hat heute andere Vorstellungen vom Leben im Ruhestand und neue Ansprüche an die Gesellschaft, als noch die Generationen vor ihnen. Lebenslanges Lernen und Studieren im Alter, das Ausprobieren neuer Lebensformen, ehrenamtliches Engagement in Politik, Wirtschaft und sozialen Ämtern gehören heute schon zum Alltag der Seniorinnen und Senioren.

745 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Entwicklung hin zum aktiven Alter unterstützen und die Seniorenbeiräte in ihren Mitsprache- und Beratungsmöglichkeiten stärken und ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft mehr anerkennen. Wir halten die Förderung von alternativen Wohnprojekten, Bildungsmöglichkeiten, Begegnungsstätten und aktiver Mitsprache für die beste Politik gegen Vereinzelung und Vereinsamung im Alter. Die Bedürfnisse von Seniorinnen und
750 Senioren ernstnehmen bedeutet auch Chancen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen etwa im Tourismus, Dienstleistungs- und Bildungsbereich.

Für eine gestaltende Gesundheitspolitik

755 Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt hat sich in den vergangenen Jahren auf organisatorische Fragen, wie die Organisation des Rettungswesens und die Krankenhausplanung und auf Symbolpolitik konzentriert. Eine gestaltende Gesundheitspolitik, die Versorgungsfragen, Bürgerfreundlichkeit und Prävention in den Blick nimmt, fehlte weitestgehend. Auch wenn die Weiterentwicklung der Gesundheitsziele erfolgt ist, wird nur halbherzig mit
760 deren Umsetzung umgegangen.

Dem Engagement der Landesvereinigung für Gesundheit ist es zu verdanken, dass Initiativen wahrgenommen und vorangetrieben werden, eine Finanzierung von Modellprojekten

765 bleibt dabei aber außen vor. Unsere Kritik richtet sich auf die fehlende Wahrnehmung der steigenden Anzahl von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen v. a. und Unfällen im Kinder- und Jugendalter und die Risikoverschärfung bei Familien, die unter schwierigen Bedingungen leben. Die Chance der Ressortverknüpfung von Gesundheit mit dem Sozialministerium blieb ungenutzt.

770 Zentrales Anliegen grüner Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt ist der freie Zugang zu den notwendigen Gesundheitsdienstleistungen. Zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit ist eine gezielte Gesundheitsaufklärung und -förderung notwendig. Politik hat hierbei die Aufgabe, präventive und lebensweltorientierte Maßnahmen als Querschnittsaufgabe in moderne Versorgungsstrukturen des Gesundheitswesens zu integrieren. Die Erkenntnisse des 5. Landesgesundheitsberichtes müssen dazu führen, dass zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung im Land vorangebracht wird. Wir brauchen dazu auch das von rot-grün verabschiedete Präventionsgesetz, das die Landesregierung im Bundesrat blockiert hat.

780 Qualitätsgesicherte Leistungen besonderer Therapierichtungen wie Naturheilverfahren und homöopathische Behandlungen müssen solidarisch finanziert werden und tragen zur Kostenreduktion bei.

Zweiklassenmedizin vermeiden

785 Die Krise des Gesundheitssystems äußert sich in immer neuen finanziellen Problemen, hat aber ihren tieferen Ursprung in seinem Aufbau. Mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurde nur eine Atempause erreicht. Unsere Antwort für die Zukunft heißt Bürgerversicherung. Nur sie kann eine solidarische, gerechte und nachhaltig finanzierbare Zukunft für das Gesundheitswesen garantieren. Daran werden wir weiterhin festhalten, um eine Zweiklassenmedizin zu vermeiden.

795 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Aufbau integrierter Versorgungsformen, die eine Zusammenarbeit verschiedener Ärzte fördern und insbesondere die gemeinsame Nutzung von Apparate- und Verwaltungsressourcen beinhalten.

800 Der Altersdurchschnitt der niedergelassenen Ärzte ist in Sachsen-Anhalt so hoch, dass in wenigen Jahren eine akute Unterversorgung im ländlichen Raum zu erwarten ist. In dünn besiedelten Regionen wie in der Altmark sehen wir die Chance, neue Wege zu gehen. Praxen in unterversorgten Gebieten können in kommunale Hand gegeben und von mehreren Teilzeit arbeitenden Ärztinnen und Ärzten betrieben werden. Wir halten es für eine

kurzfristig umsetzbare und sinnvolle Lösung für dünn besiedelte Gebiete, auf das Konzept der Gemeindeschwestern zurückzugreifen.

Ganzheitlicher Ansatz zur Gesundheitsförderung

805 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz zur Gesundheitsförde-
rung, der die freie Lebensgestaltung des Einzelnen respektiert. Unser Engagement für ei-
ne stärkere Orientierung auf die Patientinnen und Patienten werden wir mit konkreten
Schritten umsetzen: Wir wollen regionale Gesundheitskonferenzen und das Gesunde-
810 Städte-Netzwerk in Sachsen-Anhalt breiter etablieren und Gesunde Schulen und Kitas
fördern. Ziel ist ein Zusammenwirken von öffentlichem Gesundheitsdienst, Krankenhäu-
sern und ambulanter Versorgung, Sozialversicherungen, Krankenkassen und Selbsthilfe.

Die Selbsthilfe werden wir als tragende Säule der Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt
unterstützen, unabhängige Patienten- und Patientinnenberatungsstellen zur Orientierung
815 im Gesundheitssystem stärken und uns für eine Patientenbeauftragte in der Landesregie-
rung einsetzen.

Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihres Gesundheits- und Krankheits-
bewusstseins und -verhalten, ihres Krankheitsspektrums und der sozialen Rahmenbedin-
820 gungen. Dafür sind in erster Linie unterschiedliche Lebenslagen und psychosoziale Fakto-
ren verantwortlich. Geschlechterdifferenzierung ist dabei ein unverzichtbares Qualitäts-
merkmal einer effizienten und effektiven Gesundheitsförderung, -Versorgung, Rehabilita-
tion und Pflege. Wir setzen uns deshalb ein für die Verankerung einer nach Geschlecht
differenzierten Sichtweise, die von der geschlechterdifferenzierten Erhebung und Aufbe-
825 reitung von Daten in Gesundheitsberichten bis hin zur Verankerung geschlechtsspezifi-
scher Inhalte in Aus-, Fort- und Weiterbildung reicht.

Die Krankheiten von Kindern und Jugendlichen sind ernsthafter geworden. Chronische
Erkrankungen, Allergien und psychische Störungen lösen die alten Kinderkrankheiten ab.
830 Lebensführung und falsche Ernährung machen immer mehr Kinder und Jugendliche
krank. Von der Bekämpfung Feinstaubbelastung bis zur Sportförderung für Kinder- und
Jugendliche fehlt die politische Initiative.

Realitätsnahe Sucht- und Drogenpolitik

835 Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Problem Nummer Eins unter den Suchtmit-
telabhängigkeiten ist der Alkoholismus. Etwa die Hälfte aller Gewaltstraftaten wird in
Sachsen-Anhalt unter Alkoholeinfluss begangen. Es ist nicht vertretbar, dass der Alkohol

mit seinen immensen volkswirtschaftlichen Schäden bagatellisiert wird. Vor allem für Frauen und Ältere sind Medikamente bevorzugter Suchtstoff. Wir wollen hier verstärkt
840 Aufklärung betreiben, Ärzte in die Pflicht nehmen und das Therapie-Angebot für suchtkranke Frauen ausbauen.

Wir wollen die Präventionsarbeit stärken. Alkohol und Nikotin sind die Hauptgefahren für immer jüngere Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit und Sucht zu rutschen. Ziel ist es,
845 diejenigen, die nicht oder nur geringfügig konsumieren, zu stabilisieren, den Beginn des Konsums zu verhindern, riskante Konsummuster frühzeitig zu reduzieren und Abhängigkeit zu vermeiden.

Wir setzen uns für eine Legalisierung von weichen Drogen wie Haschisch und Marihuana
850 (ab 18 Jahre) ein und wenden uns gegen eine Kriminalisierung und Stigmatisierung ihrer Konsumenten. Bei harten Drogen wollen wir neben Prävention und Therapie die Überlebenshilfe als wichtigen Pfeiler der Suchtpolitik ausbauen.

Gesundheitsprävention: Selbstverantwortung und Beratungsangebote

855 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die AIDS-Prävention in die allgemeine Sexualpädagogik integrieren. Wir setzen uns insbesondere für Präventions- und Beratungsangebote in der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen ein. Selbstverantwortung in der Prävention ist der wichtigste Schutz vor HIV. Dafür ist die Freiwilligkeit der HIV-Tests eine Voraussetzung.

860 Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung von Präventionskonzepten zur Verbesserung der frauenspezifischen Gesundheitsversorgung und den Aufbau eines Frauengesundheitszentrums in Sachsen-Anhalt.

Überproportional viele minderjährige Schwangere, viele arme Familien und eine starke
865 Verunsicherung von jungen und werdenden Eltern muss durch eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur abgedeckt werden. Schwangerenberatung und die Stiftung Familie in Not müssen trotz sinkender Einwohnerzahl auf ihrem Förderniveau gehalten werden.

Die eklatante Unterversorgung im psychotherapeutischen ambulanten Bereich erfordert ein stärkeres Engagement der Landesregierung bei Beratungsstellen. Familienbildungs-
870 stätten und Kindertagesstätten muss ermöglicht werden, ihre gesundheitsfördernden Angebote insbesondere in der frühen Kindheit auszubauen.

Für eine barrierefreie Gesellschaft

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen
875 Beeinträchtigungen am Leben in der Gemeinschaft, ihr Recht auf Selbstbestimmung in al-

len Lebensbereichen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind Ziele unserer Politik. Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, brauchen wir wirksame Instrumente zur Bildung, Berufsbildung und beruflichen Eingliederung für behinderte Menschen

- 880 Gleichzeitig wollen wir die Barrieren in den Köpfen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber weiter abbauen: Menschen mit Behinderungen sind leistungsfähig und motiviert. Sie benötigen lediglich ein Arbeitsumfeld, das ihren besonderen Ansprüchen entspricht. Hierzu werden wir die Entwicklung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen fördern. Mit dem Persönlichen Budget haben wir in der Bundesregierung die Voraussetzungen dafür ge-
- 885 schaffen, dass Behinderte selbst bestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Sie selbst entscheiden, in welcher Form sie sich Hilfe und Unterstützung organisieren. Dabei müssen die ambulanten Angebote gegenüber den stationären deutlichen Vorrang haben. Diesen Weg werden wir weitergehen. Leistungen für Menschen mit Behinderungen dürfen nicht von der Finanzlage der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht werden.
- 890 Ihre individuellen Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden.

- Wir wenden uns gegen jede Form der Ausgrenzung behinderter Kinder und ihrer Familien. Dazu gehört die Integration in die Normalschule. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Zahl von Schülern und Schülerinnen in Förderzentren steigt, obwohl die Anzahl der Kinder sinkt. Integration in die wohnortnahe Schule muss für die meisten Kinder Ziel sein, die einen besonderen Förderbedarf haben.
- 895

Für bessere Bildung und mehr Leistung

- 900 **Für eine zukunftsfähige Bildungspolitik**
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in der nächsten Legislaturperiode keine neuen bildungspolitischen Baustellen eröffnen, sondern die vorhandenen Freiräume und Möglichkeiten des jetzigen Schulgesetzes für die Qualitätsentwicklung besser ausnutzen. Die Notwendigkeit grundlegender und zügiger Bildungsreformen in Sachsen-Anhalt setzt klare
- 905 haushaltspolitische Prioritäten für die Bildung auf allen Ebenen voraus. Investitionen in das Bildungssystem dienen nicht nur den Einzelnen, sie zahlen sich auch gesamtgesellschaftlich aus.

Länger gemeinsam lernen

- 910 Unser Ziel für das Jahr 2015 ist die achtjährige differenzierte Basisschule, auf die die Sekundarstufe I als Berufsorientierender und Berufsvorbereitender Bildungsweg bzw. das 4-jährige Gymnasium zur Erlangung der Hochschulreife aufbaut. Bis zum Ende der 8. Klas-

915 se sollen alle Kinder gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Begabtenförder-
915 rung und Förderung der Benachteiligten sind zwei gleichermaßen ernst zu nehmende päd-
915 agogische Aufgaben.

Dieser Prozess kann organisiert werden durch einen Bildungskonvent oder einen "Run-
den Tisch Bildung 2015" mit allen Beteiligten (Lehrer, Schüler, Bildungswissenschaftler,
Parteien, Kirchen, Initiativen). Darauf aufbauend ist auch die Unterstützung einer Volksini-
920 tiative / eines Volksbegehrens für ein neues Schulgesetzes denkbar. Wir setzen auf
920 Bündnisse mit allen gesellschaftlichen Kräften, die die Schulstrukturfrage nicht tabuisie-
ren. Die Messlatte für unsere schulpolitischen Ziele sind u.a. die erfolgreichen internatio-
925 nalen Beispiele, wie etwa die Schulsysteme in den skandinavischen Ländern. Bei sinken-
den Schülerzahlen können Schulen nur „überleben“, wenn sie den Kindern und Jugendli-
chen eine gute Ausbildung und verschiedene Abschlüsse anbieten und ein eigenes Profil
925 entwickeln. Die Einrichtungen müssen mehr Gestaltungsräume haben und zum Beispiel
das Recht auf Personalauswahl haben.

Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum

930 In Sachsen-Anhalt werden derzeit Zukunftschancen verspielt. Die staatliche Aufgabe, das
930 Recht auf Bildung für alle zu garantieren, gerät in immer schärferen Widerspruch zu do-
minanten neoliberalen Wirtschaftszielen. Diese Entwicklungen und Bestrebungen verstär-
ken die soziale Disparität und gefährden in hohem Maße einen gleichen und freien Zu-
gang zu Bildung für alle. Jede Schülerin und jeder Schüler hat individuelle Fähigkeiten,
diese müssen entdeckt und gefördert werden. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, keiner
935 soll ohne Abschluss die Schule verlassen.

Wir wollen alle Kinder mitnehmen und Keinen Zurücklassen. Zugehörigkeit ist ein Grund-
recht. Der Respekt vor der Individualität der Lernenden und der Umgang mit Heterogeni-
tät verlangen neue methodische Instrumente sowie diagnostische und pädagogische
940 Kompetenzen. Die Bildungseinrichtungen sollen sich einer förderorientierten, humanisti-
schen und die Vielfalt bejahenden Philosophie verpflichten. Zugleich müssen sie über die
entsprechende Grundausrüstung, Kompetenzen und Verfahren verfügen, die Inklusion
ermöglichen. Entscheidend dabei ist ausreichendes Personal, das sich aus den verschie-
denen, dafür notwendigen Professionen zusammensetzt, die im Team zusammen arbei-
945 ten.

Freie Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Schullandschaft. In der Vergangenheit
haben die Träger bewiesen, dass hier Neues entstehen und ausprobiert werden kann,
dass Elternengagement eine Schule attraktiver macht. Hier werden hoheitliche Aufgaben
950 des Staates wie die Schulpflicht übernommen, deshalb müssen die SchülerInnen und das

Lehrpersonal die gleiche staatliche Förderung erhalten. Wir fordern, dass für neue Initiativen zu Übernahme von Schulen in freie Trägerschaft die Zulassungsverfahren leichter werden.

955 **Kinder und Jugendliche sind die Hauptakteure**

Kinder und Jugendliche müssen als handelnde Subjekte im Bildungsprozess verstanden werden, nicht als deren Objekte. Auch durch entsprechende Partizipationsprozesse muss es gelingen, die Verantwortung für die eigene Bildung von der ersten bis zur letzten Klasse bei allen Schülern zu erhalten und zu entwickeln. Eine erfolgreiche Förderung aller
960 Schüler braucht deren Aktivität. Fördern heißt deshalb Hilfe zur Selbsthilfe (Stärkung der Lernkompetenzen) und organisierte Hilfe durch Mitschüler, die vom Lehrer für diese Aufgabe angeleitet werden. Hier kann an alte Erfahrungen („Lernpatenschaften“) angeknüpft werden. Bildungs- und Erziehungsprozesse müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Das bezieht sich auf Inhalte und Organisation von Bildungsangeboten, Gestaltung
965 von Materialien, Konzeptionen und Schulprogrammen. Diese Maßnahmen sind gesetzlich zu verankern.

Weg von bildungspolitischer Kleinstaaterei

Auch Sachsen-Anhalt muss sich den Herausforderung der europäischen Bildungspolitik stellen: Umsetzung des Bildungsanspruchs in allen Tageseinrichtungen für Kinder, Halbierung der Zahl der Schulverweigerer, Vermittlung von zwei Fremdsprachen für alle Kinder und Jugendlichen, Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, Harmonisierung der beruflichen Bildung, Neuordnung der Hochschulabschlüsse auf vergleichbarem Niveau, das durchgängige, auch real einlösbare Prinzip lebenslangen Lernens und die Vernetzung
975 formellen, informellen und nicht-formalen Lernens. Die deutsche Bildungspolitik muss einen Weg finden, wie sie die Ziele und Standards für ihr Bildungswesen einheitlich und für das ganze Land verbindlich garantiert und sich dabei an europäischen und internationalen Maßstäben orientiert. Dazu sind aus Sachsen-Anhalt Impulse in die Länderkammer zu geben.

980

Umweltbildung

Der Umweltbildungserlass von Kultusministerium und Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt aus 2001 ist kaum umgesetzt worden. Wir dringen auf eine umweltpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer aller Fächer sowie die Qualifizierung der staatlichen Schulaufsicht für dieses Gebiet. Die fachübergreifende Zusammenarbeit der Pädagogen zu verschiedenen Umweltthemen muss organisiert werden. In der Abiturstufe ist ein Wahlpflichtkurs „Umweltprobleme global“ anzubieten. Die Ökoschulen müssen in ih-

rem Bestand gesichert und durch geeignete Rahmenrichtlinien inhaltlich weiterentwickelt werden. Träger von Ökoschulen brauchen vom Land über die Abordnung des Lehrpersonals hinaus eine angemessene Förderung.

Unser Sechs-Punkte-Sofort-Programm

1. Bildungsprogramm "Bildung: elementar" soll an allen Kindertagesstätten des Landes eingeführt und personell unteretzt werden.
- 995 2. Sofortiges Moratorium Schulstandorte bis zur Entwicklung einer neuen mittelfristigen Schulentwicklungsplanung mit Blick auf die zu erwartenden zukünftigen Entwicklungen und der Option der Zulassung kleiner ländlicher Grundschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht.
- 1000 3. Weiterer Ausbau des Ganztagesangebotes und des nachmittäglichen Angebotes an Halbtageschulen durch Förderung des (überwiegend ehrenamtlichen) Einsatzes von Lehrern, Eltern, Schülern und Vertretern der freien Jugendarbeit entsprechend des Schulkonzeptes.
- 1005 4. Rücknahme der Kürzungen der Mittel für das Landesinstitut für Weiterbildung und Schulentwicklung Sachsen-Anhalt (LISA) für die Fort- und Weiterbildung der Pädagogen und der Mittel für die Schulinterne Fortbildung (SCHILF).
- 1010 5. Entwicklung eines Landeskonzeptes für die Förderung von Hochbegabten mit dem Kernstück der Einrichtung eines Landes-Hochbegabten-Gymnasiums nach dem Vorbild von Niedersachsen und Sachsen neben den bestehenden Landesgymnasien mit fachlichen Schwerpunkten.
- 1010 6. Entwicklung eines Landeskonzeptes Umweltbildung zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Leistungsstarke Hochschulen

In der Hochschulpolitik war es vergangenen Landesregierungen weder möglich, eine ausreichende Zahl von Studienplätzen, noch gute Forschungsbedingungen zu finanzieren. Stattdessen nahmen sie ständig neue Kürzungsrunden, die an die Substanz der Hochschulen gehen und unter anderem dazu führen, dass Wissenschaftler das Land verlassen. Nachwuchsförderung besteht de facto kaum und inzwischen ist ein Großteil der Studienplätze mit Zulassungsbeschränkungen belegt, so dass jährlich tausende Studienbewerber abgewiesen werden müssen. Darüber hinaus sind die Hochschulen von eigenständigen Entscheidungsmöglichkeiten weit entfernt, wichtige Entscheidungen – wie die Verlagerung von ganzen Fachbereichen oder Forschungsschwerpunkten – werden von der Landesregierung rein nach Einsparmöglichkeiten, nicht jedoch nach wissenschaftli-

1025 chen Kriterien, durchgedrückt. Zudem schließt die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung
Studiengebühren mittelfristig nicht mehr aus.

1030 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Wissenschaft und Forschung für die Zukunftspfeiler
für die Entwicklung des Landes. Als rohstoffarmes Land müssen wir auf besonders inno-
vative Lösungen und Verfahren setzen, um uns in einer globalisierten Welt behaupten zu
können. Eine wirtschaftliche Konsolidierung des Landes kann nicht aufgrund verbauter
Autobahnkilometer erreicht werden, sondern durch intellektuelle Infrastruktur.

1035 Von diesen zweckrationalen Wirtschaftserwägungen abgesehen erfüllt Bildung eine ele-
mentar wichtige Funktion im Leben und der Persönlichkeit eines Menschen. Nur durch
umfangreiche Bildungsmöglichkeiten können sich die Menschen dieses Landes zu kom-
petenten und mündigen Bürgern entwickeln, die ihr Leben eigenverantwortlich gestalten
können. Nur über das Bildungssystem können soziale Ungleichheiten ausgeglichen wer-
den. Deswegen fordern wir eine deutliche Steigerung der Bildungsinvestitionen und eine
Expansion der Bildungsangebote, mithin eine bedarfsdeckende Bereitstellung von Stu-
1040 dienplätzen – orientiert an den Studienanfängerquoten der skandinavischen Länder.

1045 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen Studiengebühren aus und treten für ei-
ne bundeseinheitliche Regelung der Lebensunterhaltfinanzierung von Studierenden ein,
z.B. analog des 2004 von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgeschlagenen Modells eines Stu-
dentensalärs. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich gegen Bemühungen, Bildungs-
chancen junger Menschen durch aussondernde Auswahlmechanismen an den Hochschu-
len zu vereiteln. Stattdessen wollen wir, dass endlich der Studieneingangsphase als wich-
tiger Übergangsphase mehr Aufmerksamkeit an den Schulen und den Hochschulen ge-
widmet wird, um so junge Menschen umfassend über ihre Möglichkeiten zu informieren
1050 und bei der Studienfachwahl zu beraten. Wir unterstützen Forderungen nach einem Son-
derprogramm, um negative Folgen für die Abiturienten des doppelten Jahrganges 2007 zu
verhindern. Diese Jugendlichen haben das Recht darauf, dass die Landesregierung, die
die Verkürzung des Abiturs verantwortet, sich dann auch um die Folgen kümmert. Dies
bedeutet auch, dass schnellstmöglich eine ausreichende Zahl von Studienplätzen ausfi-
1055 nanziert werden muss, langfristig sollte sogar ein leichtes Überangebot vorhanden sein,
um ein wirkliches Auswahlrecht für die Studienanfänger zu realisieren.

1060 Auch für die Forschung fordern wir die schnellstmögliche Steigerung der Finanzmittel, um
wieder eine aktive Nachwuchsförderung betreiben und die von den Hochschulen ausge-
wählten Forschungsschwerpunkte stärken zu können. Dieses Land braucht eine deutliche

Steigerung der Forschungsförderung. Dazu gehört auch die offensive Einwerbung von Drittmitteln.

1065 Weiterhin muss mit der Illusion der Landesregierung Schluss gemacht werden, mit der Einführung der gestuften Abschlüsse (Bachelor & Master) könnte Geld an den Hochschulen eingespart werden. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn man den jungen Menschen im Land eine gute Hochschulausbildung bieten will – statt einem Schmalspurstudium – bedeutet dies, dass dies deutlich teurer wird - weil zum einen diese Studiengängen mehr Betreuung durch wissenschaftliches Personal erfordern und zum anderen einen erhöhten Verwaltungsaufwand bedeuten. Diese können die Hochschulen bei der momentanen Personalsituation nicht schulden.

1075 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen hinter der Einführung der gestuften Abschlüsse und begrüßen die Chancen, die sich mit diesen bieten – solange nicht zu Lasten der Studierenden gespart wird. In diesem Zusammenhang sollten auch Bestrebungen unternommen werden, die Hochschulen in Sachsen-Anhalt für internationale Studierende interessanter zu machen.

1080 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlichen Arbeitens, mit allen entsprechenden Rechten. Wir sehen in der Juniorprofessur den geeigneten Weg zur Professur und fordern eine Bundesratsinitiative des Landes zur Beendigung der lebensfremden Befristungsregeln im Hochschulrahmengesetz. Vielmehr ist ein eigener Wissenschaftstarifvertrag das Mittel der Wahl. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen modernen Umgang mit dem mit staatlichen Mitteln erforschten Wissen ein – dieses gehört der Allgemeinheit und sollte frei verfügbar sein. Wir unterstützen also nachdrücklich Open-Access-Initiativen.

1090 Wir wollen die autonome, eigenverantwortliche und personalautonome Hochschule – und das nicht nur als Lippenbekenntnis zur Kaschierung weiterer Kürzungen.

Für lebendige Kulturangebote

1095 Kultur ist ein zentrales Anliegen bündnisgrüner Politik. Kunst und Kultur setzen Kreativität und Phantasie frei, regen zur Auseinandersetzung mit Geschichte, Tradition und neuen ungewöhnlichen Ausdrucksformen an und fördern die Offenheit aller Sinne. Kunst und Kultur bringen Menschen unterschiedlichster Herkunft miteinander in Beziehung, schaffen öffentliche Dialoge, fördern die Bereitschaft zu Toleranz und gesellschaftlichem Engagement.

- 1100 Die bestehende Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt mit vier Weltkulturerbestätten, traditionsreichen Festspielen und Theatern, Museen und Bibliotheken ruht auf einem guten Fundament, welches erhalten und weiterentwickelt werden muss. Kultur muss für alle zugänglich sein, sie lebt von der Teilnahme und dem unterstützenden Engagement breiter Kreise der Bevölkerung und auch ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen. Dafür ist eine breite, regional ausgewogene Infrastruktur kultureller Einrichtungen erforderlich.
- 1105 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Förderung von kommunalen Einrichtungen und Einrichtungen in freier Trägerschaft ein, die sich regional und überregional vernetzen müssen. Kulturförderung muss über die Bewahrung des Bestehenden hinaus auch Anreize und Anstöße für die Weiterentwicklung von Kulturarbeit bieten. Um eine finanziell verlässliche Grundlage für die Kulturarbeit auf kommunaler Ebene zu erreichen, soll die
- 1110 Kulturförderung von der freiwilligen in eine Pflichtaufgabe überführt werden. Die Förderung von Kunst und Kultur ist gleichbedeutend mit der Förderung des Standortes Sachsen-Anhalt. Eine gesunde Kulturlandschaft beeinflusst auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes positiv und zahlt sich ökonomisch aus.
- 1115 Die sachsen-anhaltische Landesregierung will sich der Kulturförderung weitgehend entledigen und die Kosten regionaler und kommunaler Kulturförderung auf den Bund und die Kommunen abwälzen. Eine solche Politik bedroht die kulturelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und die kulturelle Identität der Regionen unseres Landes. Fast überall wird bei Jugendhäusern, Kinos, Bibliotheken und Museen gespart. Nach der Ver-
- 1120 öffentlichung des sog. "Landeskulturkonzeptes" ist zu befürchten, dass sich die Landesregierung aus der Förderung des kommunalen Kulturangebotes mehr und mehr zurückzieht. Bei der derzeitigen Haushaltslage fast aller sachsen-anhaltischen Kommunen stünde damit ein drastischer Einschnitt sowohl in der Quantität als auch in der Qualität des Kulturangebotes bevor.
- 1125
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die finanzielle Stärkung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben ein. Wir brauchen lebendige Kulturangebote für alle, nicht nur für zahlungskräftiges Publikum. Gestärkt werden muss auch das ehrenamtliche Engagement im Kulturbereich. Wir werden uns für eine starke und vielfältige Kulturszene engagieren: Jugendzentren, Musikschulen, Theater, Kinohäuser, Museen, Gedenkstätten und Bibliotheken – alle sind wichtig und haben ihre Existenzberechtigung.
- 1130 Kultur und Kunst sind Impulsgeber einer stabilen demokratischen Gesellschaft und gehören zu einem selbstbestimmten Leben.

1135 **Sport in einer bewegten Gesellschaft**

Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung ein. Dabei spielen Breiten- wie Spitzensport eine maßgebliche Rolle, um die soziale Integration und die Gesundheitsprävention zu stärken. Dabei wollen wir die Prinzipien der Ökologie, Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung beachten. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind neben der Gesundheitsprävention wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement festigen. Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir fördern. Durch den Sport werden weltweit Brücken gebaut und Verbindungen geknüpft. Er ist daher ein besonders geeignetes Mittel in der internationalen Zusammenarbeit, um zu mehr Kulturaustausch und Völkerverständigung zu kommen. Wir fordern einen »sauberen«, das heißt dopingfreien und fairen, Spitzensport. Wir wollen die Möglichkeiten, die die Fußball-WM 2006 und weitere Sportgroßveranstaltungen in unserem Land bieten, dafür nutzen, um deutlich zu machen, dass Sachsen-Anhalt ein modernes, weltoffenes und sportfreundliches Bundesland ist.

1150

Lebenswerte Welt für nachkommende Generationen

Für eine nachhaltige Umweltpolitik

Die Landesregierung steht für eine Politik, die den Schutz der Umwelt als nachrangig ansieht. Ganz deutlich wird dies anhand der Regierungserklärung von Ministerin Wernicke aus dem Jahr 2004, die für keinen Umweltbereich Ziele benennt und schwierige Themen wie die Gentechnik schlicht ausspart. Dies ist nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes falsch, sondern auch ökonomisch und sozial kurzfristig.

1160 Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der Umweltschutz im Mittelpunkt des politischen Handelns. Inhaltlich orientieren wir uns am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, wie es 1992 von den Vereinten Nationen auf dem Umweltgipfel in Rio definiert wurde. Das bedeutet, dass die politischen Entscheidungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange in Einklang bringen möchten. Ziel ist, unsere Politik so auszurichten, dass auch die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden werden.

1165

Nachhaltigkeitsstrategie für das Land

Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann die Landespolitik nur auf der Grundlage einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie für Sachsen-Anhalt gestaltet werden. In dieser Nachhaltigkeitsstrategie sollen Leitbilder und überprüfbare Ziele für Sachsen-Anhalt

1170

benannt werden. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, Nachhaltigkeitsindikatoren für Sachsen-Anhalt zu benennen. Auf der Grundlage dieser Indikatoren sowie der Leitbilder und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie soll dann in einem regelmäßigen Nachhaltigkeitsbericht der Stand der Entwicklung dargestellt werden. Darüber hinaus sollen künftig Modellprojekte für eine Nachhaltige Entwicklung gezielt gefördert werden. Besonders wichtig sind hierbei die Unterstützung lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen und die Stärkung der Umweltbildung. Sachsen-Anhalt soll sich angemessen an der Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ beteiligen, die von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde.

1180

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass im Landeshaushalt Mittel zugunsten von Nachhaltigkeitsprojekten umgeschichtet werden. Ziel ist es mit diesen Projekten (z.B. zur Energieeinsparung) eine höhere Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt zu generieren. Außerdem werden wir einen „Nachhaltigkeitscheck“ für alle Fördermittel des Landes einführen.

1185

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Sachsen-Anhalt hat wie kein anderes Bundesland auch ökonomisch vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitiert. Der größte industrielle Arbeitgeber in Magdeburg ist mit 2300 Arbeitsplätzen die Fa. Enercon, die Windkraftanlagen herstellt. Die Liste lässt sich mit der Fa. Q-Cells in Thalheim bei Wolfen und weiteren Firmen der Branche fortsetzen. Diese Beispiele zeigen, dass Ökologische Modernisierung und ökonomische Vernunft miteinander vereinbar sind, indem im Umweltschutz dauerhaft sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Die künftige Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diesen Prozess befördern und gezielt die Versäumnisse der Vergangenheit angehen. Besondere Bedeutung hat für uns die Forschung und Entwicklung im Umweltbereich, insbesondere an den Hochschulen des Landes.

1190

1195

Entschlossenes Handeln für den Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Durch zahlreiche Studien und die Statistiken ist klar nachgewiesen, dass die Schäden durch extreme Wetterereignisse, wie Stürme und Überschwemmungen deutlich zunehmen. Die Antwort der Landesregierung auf die Herausforderung war eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das von der Bundesregierung eingeführte Emissionshandelssystem.

1200
1205

Entschlossenes Handeln ist gefordert – dieses spielt im Besonderen bei der Energiefrage eine große Rolle. Neben dem Klimaschutz sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die folgenden Grundsätze leitend für alle energiepolitischen Strategien: der wirtschaftliche As-

1210 pekt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren Energien, der
Ressourcenschutz durch die Reduktion der fossilen Energieträger, eine ungefährliche E-
nergieversorgung, die Unabhängigkeit von anderen Ländern und Krisensituationen und
damit auch ein Beitrag zur Friedensicherung.

Die Energiepolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf eine sichere und zuverlässige
Versorgung mit Energie. Sie fußt auf den drei Säulen Ausbau von erneuerbaren Energien,
1215 Steigerung der Energieeffizienz sowie Energieeinsparung.

Mehr Energie aus regenerativen Quellen

In Sachsen-Anhalt wird der Strom zu rund 15% aus erneuerbaren Energien erzeugt. Mehr
als 7500 Menschen – Tendenz steigend – verdanken ihren Arbeitsplatz der Windkraft, Son-
nenenergie und der Biomasse. Inzwischen hat sich bei der Produktion von Wind- und So-
1220 laranlagen ein industrieller Wachstumskern entwickelt. Die innovativen Energieanlagen
gehen in den heimischen Markt und zunehmend in das Exportgeschäft.

Aufgrund des Erneuerbaren Energien Gesetzes, das feste Vergütungen für regenerativ
erzeugten Strom vorsieht, gibt es seit dem Jahr 2000 einen anhaltenden Boom bei den
alternativen Stromerzeugungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese positiven Er-
1225 fahrungen beim Strom auf den Wärmebereich übertragen und unterstützen das auf Bun-
desebene initiierte Wärmegesetz zur Regelung der Vergütung von Wärme, die mit erneu-
erbaren Energien erzeugt wird (z.B. mit Sonnenkollektoren).

1230 Zurzeit gibt es in Sachsen-Anhalt 1400 Windanlagen mit einer Leistung von 1700 MW.
850.000 Haushalte können dadurch mit Strom versorgt werden. Zur Verbesserung der
Umweltverträglichkeit sprechen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen umfassenden
Ersatz bestehender Anlagen durch neuere Windkraftanlagen aus (Repowering).

1235 Sachsen-Anhalt hat derzeit 40 Biogasanlagen mit einer Leistung von 15 MW. Wir haben
im Land ein Ausbaupotenzial auf 270 MW elektrische Leistung. Um dieses zügig nutzen
zu können und für die Investoren und Investorinnen Planungssicherheit zu bieten, möch-
ten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür sorgen, dass die Vielzahl der Genehmigungsvor-
1240 schriften auf der Umsetzungsebene nicht zu Verzögerungen führt. Außerdem muss die
Akzeptanz für Biogasanlagen erhöht werden. Dazu soll eine landesweite Aufklärungskam-
pagne für den Einsatz und den Nutzen dieser Technologie gestartet werden mit dem
besonderen Hinweis auf die Wertschöpfungskette vom Anlagenbau, über die Biomasse-
erzeugung bis zum Betreiben der Biogasanlage – den landwirtschaftlichen Betrieben wird
1245 damit eine weitere Einnahmequelle eröffnet. Darüber hinaus müssen Forschung und Ent-
wicklung zur Biomassenutzung an den Hochschulen und Instituten des Landes gestärkt

werden (u. a. Konzepte zur Flächennutzung, Verbesserung bei der Fermenter-Technik). Da das Holznutzungspotenzial in Sachsen-Anhalt noch nicht ausgeschöpft ist, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch hier eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit als wichtige
1250 Maßnahme an, um umfangreich über die Holznutzung – insbesondere bei Einfamilienhäusern und in Kommunen – zu informieren.

Die Solarenergienutzung nimmt noch – wie bundesweit überall – einen sehr geringen Anteil an der Strom- und Wärme- bzw. Warmwassererzeugung ein. BÜNDNIS 90/DIE
1255 GRÜNEN wollen diesen Anteil erhöhen und setzen sich dafür ein, dass die Dachflächen von landeseigenen Gebäuden zur solaren Nutzung für Bürger und Bürgerinnen zur Verfügung stehen.

Investitionen in Netzstruktur und Kraft-Wärme-Kopplung

1260 Zurzeit ist unser Stromnetz zum zentralen Verteilen von Strom aus großen Kraftwerken konzipiert. Im Vergleich zu den Ballungsgebieten ist in den dünn besiedelten Bereichen dieses Netz weniger stark ausgebaut. Doch gerade hier werden Windenergie und Biomasse gewonnen und beim Energieeinsammeln aus diesen dezentralen Anlagen kann es aufgrund der schwachen Netzstruktur zu Problemen kommen. Um den nachhaltigen Um-
1265 bau der Energieversorgung weiter voran zu bringen, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von den Netzbetreibern, die elektrischen Versorgungsnetze so anzupassen, dass der fluktuierende, auf kurze Frist mittlerweile gut vorhersagbare erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien problemlos in das Versorgungssystem eingebunden werden kann. Dazu gehört auch die Einrichtung neuer Stromtrassen zur Sicherung der Übertragungswege im
1270 110 und 380 KV-Netz. Wir werden uns gezielt dafür einsetzen, dass die bislang 8-10 Jahre dauernden erforderlichen Planfeststellungsverfahren für die Genehmigungen neuer Trassen deutlich verkürzt werden.

Mit dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung können in die nächsten Jahre die gleichen
1275 CO₂-Minderungsziele wie durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien erzielt werden. Sie ist damit ein wesentliches Energieeffizienzinstrument. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die vorhandenen Förderinstrumente besser genutzt werden.

Energiesparen (nicht nur) in landeseigenen Gebäuden

1280 Ein systematisches Energiemanagement hilft nicht nur beim Energiesparen, sondern langfristig, aufgrund der sinkenden Betriebskosten, auch beim Geldsparen. Um diesen Vorteil dauerhaft nutzbar zu machen, ist die Einführung eines systematischen Energiemanagements bei Landesliegenschaften zwingend – die Finanzierung könnte über Contrac-

1285 ting-Verträge erfolgen (Refinanzierung von Investitionen durch die eingesparten Energiekosten). Die für Neubauten und nach Renovierungen erforderlichen Energiepässe sind ein positives Beispiel, wie Transparenz bei Energiebedarf und -verbrauch geschaffen wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten eine landesweite, tief greifende Aufklärungskampagne zum Energiemanagement für dringend geboten.

1290 Ein weiterer Schwerpunkt muss eine Steigerung bei den erneuerbaren Energien zur Gebäudeversorgung sein. Zurzeit wird nur ein geringer Teil der landeseigenen Gebäude mit Ökostrom versorgt. Wir möchten den Bezug von Ökostrom für diese Häuser verpflichtend machen und schlagen zur Realisierung einer betriebswirtschaftlich günstigen Variante eine ökologisch anspruchsvolle Ausschreibung vor, die sich an den Empfehlungen des
1295 Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) orientiert. Darüber hinaus ist bei der Planung neuer Landesliegenschaften und bei umfassenden Renovierungen der Einsatz von Solaranlagen obligatorisch zu prüfen und – soweit sinnvoll – umzusetzen.

Energiesparen an Schulen soll in ganz Sachsen-Anhalt Schule machen. Das fifty-fifty-
1300 Modell, mit dem die Schüler und Schülerinnen 50% der eingesparten Energie für eigene Projekte verwenden, soll an allen Schulen eingeführt werden.

Kein zurück zur Atomenergie

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Atomenergie mit ihren großen Gefährdungen und
1305 der ungeklärten Entsorgung der radioaktiven Abfälle ab und plädieren für sichere und beherrschbare Technologien. Wir halten am Atomausstieg fest und setzen uns auf allen Ebenen dafür ein. In Sachsen-Anhalt gibt es keine Atomenergie und wir produzieren trotzdem mehr Strom als wir brauchen – zudem werden ca. 30 Prozent des Stromverbrauches aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Diese Tatsache beweist, dass die Volkswirtschaft
1310 sehr gut auf die Atomtechnologie verzichten kann. Auch wenn wir uns aktuell in Sachsen-Anhalt nicht um Atommüll aus Atomkraftwerken kümmern müssen, beschäftigen uns mit dem bestehenden Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) doch alarmierende Entsorgungsschwierigkeiten.

1315 Morsleben so schnell wie möglich stilllegen

Das ERAM wurde bereits zu DDR-Zeiten und von 1990 bis 1998 bundesweit für mittel- und schwachradioaktiven Abfall benutzt. Doch aufgrund der mangelhaften Standfestigkeit (Löserfall – d.h. Deckeneinsturz) und der ungenügenden geologischen Barriere geht vom
1320 Endlager Morsleben die reale Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität aus. 2001 stürzte ein 4.000 Tonnen schwerer Salzbrocken von der Decke eines Hohlraumes und schon jetzt gibt es mehrere Wasserzuflussstellen, so dass über das eindringende Wasser Ra-

1325 dioaktivität nach außen transportiert werden könnte. Obwohl in der Vergangenheit auf diese Gefahren immer wieder hingewiesen wurde, hatte die damalige Bundesumweltministerin, Angela Merkel, den Weiterbetrieb angewiesen. Da die Abklingzeiten Jahrtausende betragen, gehen wir davon aus, dass eine Langzeitsicherheit nicht zu gewährleisten ist. Trotzdem ist es höchste Zeit, dass umfassende Maßnahmen zur Gefahrenminimierung ergriffen werden!

1330 Wir begrüßen deshalb das Vorgehen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das die Maßnahmen zur weiteren Stilllegung umfassend mit Experten und Expertinnen beraten und die Ergebnisse in den Planunterlagen zur Einreichung beim Umweltministerium in Sachsen-Anhalt festgehalten hat. In Vorbereitung auf den Planfeststellungsbeschluss, fordern wir das BfS auf, dass es während dieses Verfahrens Zwischenstandsberichte veröffentlicht, so dass mit den verschiedenen Stilllegungskonzepten eine breite Diskussion von Schließungsvarianten möglich wird. An das Umweltministerium als Genehmigungsbehörde appellieren wir, das Stilllegungsverfahren so schnell wie möglich voran zu bringen.

Ökologische und nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen

1340 In den vergangenen 15 Jahren sind in der Stadt- und Regionalplanung in Sachsen-Anhalt gravierende Fehlentwicklungen eingetreten. Die Zersiedelung des Umlandes von Magdeburg und Halle (Saale) führte dazu, dass die in den Zentren vorgehaltenen Infrastrukturen immer ineffizienter wurden. Zusätzlich wurde weiterer Verkehr erzeugt.

1345 Da aufgrund der zurückgehenden Bevölkerungszahlen kaum noch neue Siedlungsstandorte entwickelt werden, ist die Aufmerksamkeit der Politik vor allem dem Rückbau zu widmen. Hier ist es von großer Bedeutung, dass vornehmlich die Standorte zurückgebaut werden, die sich in den Randlagen der heutigen Siedlungen befinden und ohnehin nur eine ungünstige Anbindung im Öffentlichen Verkehr vorweisen können.

1350

Flächenverbrauch reduzieren

1355 Wir wollen die Entwicklung unserer Städte und Regionen ökologisch und nachhaltig gestalten. Das bedeutet vor allem, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Darüber hinaus bekennen wir uns klar für eine Abschaffung der Eigenheimzulage für Neubauten und fordern die Landesregierung auf, in diesem Sinne im Bundesrat zu handeln. Die frei werdenden Mittel sollen für die Sanierung des Bestandes eingesetzt und (Industrie-) Brachen nutzbar gemacht werden.

1360 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine nachhaltige Stadt- und Regionalplanung ein, die das Bauen im Bestand fördert und die Entwicklung von Standorten auf der grünen Wiese minimiert. Innenentwicklung hat für uns Vorrang vor Außenentwicklung. Dieses Prinzip soll sich auch in einer Novelle der Regionalen Entwicklungspläne niederschlagen, die bisher zur Siedlungsentwicklung nahezu keine tragfähigen und belastbaren Aussagen enthalten. Derzeit wird der notwendige Umbau der Städte im Wesentlichen von der Bundesregierung über das Programm "Stadtumbau Ost" finanziert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass über die für die Kofinanzierung notwendigen Mittel hinaus weitere Gelder aus dem Landeshaushalt für den Stadtumbau bereitgestellt werden.

Natur- und Landschaftsschutz als Chance nutzen

1370 Der Verlust der biologischen Vielfalt, d.h. das fortschreitende Aussterben der Tier- und Pflanzenarten stellt eines der größten Umweltprobleme für uns Menschen dar. Um dieser dramatischen Entwicklung entgegen zu wirken, muss es das Ziel der Naturschutzpolitik Sachsen-Anhalts sein, für alle im Land natürlich vorkommenden Arten ausreichend große Lebensräume zu sichern.

1375 Die Landschaften Sachsen-Anhalts bieten jedoch auch aus ökonomischer Sicht große Potenziale. Sie sind einerseits ein weicher Standortfaktor, der Investitionsentscheidungen positiv beeinflussen kann und andererseits bildet intakte Natur die Grundlage für Wertschöpfung im Tourismus. Diese Chancen wurden von der Landesregierung nicht erkannt. Im Gegenteil, die zuständige Ministerin Wernicke hat den Naturschutz als Feind der Landwirtschaft und Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung ausgemacht. Entsprechend einseitig sieht das tatsächliche politische Handeln aus. Besonders dramatisch ist die unzureichende Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat (FFH)- Richtlinie. Hier besteht die Gefahr, dass die EU Strafzahlungen verhängt oder die Mittel aus den Strukturfonds sperrt. Während auch CDU-regierte Länder wie Sachsen aufgrund dieser Gefahr längst handeln, 1380 ignoriert die Landesregierung Sachsen-Anhalts die Verpflichtungen nahezu vollständig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Chancen, die der Naturschutz für Sachsen-Anhalt bietet, konsequent zu nutzen.

FFH- Richtlinie konsequenter umsetzen

1390 Wir treten dafür ein, die FFH- Richtlinie konsequenter umzusetzen. Das bedeutet, schnellstmöglich Managementpläne für alle Gebiete zu erstellen und die darin festgelegten Maßnahmen umzusetzen sowie alle Gebiete als Schutzgebiete nach dem Naturschutzgesetz Sachsen-Anhalts auszuweisen. Die EU-Vogelschutzgebiete müssen umgehend als Schutzgebiete ausgewiesen werden, um auch ökonomisch wieder handlungsfähig zu werden. Denn wenn die Gebiete nicht ausgewiesen sind, können in den Gebieten 1395 nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts keinerlei Projekte umgesetzt werden.

Es ist notwendig, die Ausweisung der Großschutzgebiete voranzubringen. Das heißt, um-
gehend die Grundlagen für die Erklärung des Biosphärenreservates Karstlandschaft Süd-
1400 harz zu schaffen. Die Situation im Aufbaustab des Biosphärenreservates charakterisiert
die Naturschutzpolitik der Landesregierung in besonderer Weise, da trotz massivem Per-
sonaleinsatz – es wurden ca. 30 Personen aus dem Forstbereich abgeordnet – über Jah-
re keinerlei Ergebnisse erzielt wurden. Ähnliches gilt für die Weiterentwicklung des Natur-
parks Drömling zu einem Biosphärenreservat und die Erklärung der geplanten Naturparks
1405 im Saaletal nördlich von Halle, im Fläming und in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement im Naturschutz stärken, indem die Regeln-
gen des alten Naturschutzgesetzes für die ehrenamtlichen Naturschutzhelfer wieder in
Kraft gesetzt werden.

1410

Böden wirksam schützen

Als natürliche Lebensgrundlage für Fauna und Flora haben die Böden eine Schlüsselstel-
lung. Sie sind Hauptlieferant für unsere Nahrung. Durch die Entwicklung neuer Baugebie-
te und durch Rohstoffabbau werden natürlichen Böden zunehmend durch Versiegelung
1415 zerstört.

Um die Böden gegen Versiegelung, Zerstörung und Vergiftung zu schützen, wollen wir im
Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung die bestehenden Förderinstrumente so
umgestalten, dass der Innenentwicklung gegenüber dem Verbrauch bisher unversiegelter
1420 Flächen der Vorrang eingeräumt wird. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusam-
menhang auch innerstädtische Brachflächen. Diese sollen stärker für neue Bauvorhaben
genutzt werden. Außerdem wollen wir die Regionalen Entwicklungspläne als Instrument
zur Sicherung der Freiraumfunktionen weiter entwickeln. Dies kann z.B. durch die in vie-
len Bundesländern übliche Aufnahme von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren in die
1425 Regionalplanung geschehen.

Abfallvermeidung statt Überkapazitäten bei der Abfallentsorgung

Die Abfallpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist vorrangig auf Abfallvermeidung und
Ressourcenschutz ausgerichtet. Die Politik der Landesregierung missachtet diesen
1430 Grundsatz, indem sie den entstehenden Überkapazitäten zur Vorbehandlung des Rest-
mülls tatenlos zugesehen hat. Bereits jetzt übersteigen die Kapazitäten der in Sachsen-
Anhalt neu errichteten Müllverbrennungsanlagen das tatsächliche Aufkommen deutlich. In
Zukunft wird sich die Situation weiter verschärfen, da zum einen neue Anlagen entstehen

1435 (z.B. in Halle-Lochau) bzw. bestehende Anlage erweitert werden sollen (z.B. Leuna) und zum anderen durch einen Bevölkerungsrückgang und sinkende Müllaufkommen pro Einwohner die Müllmengen insgesamt sinken werden.

1440 Diese Entwicklung ist verantwortungslos, weil die Anlagen nach Ablauf der jetzt bestehenden Verträge voraussichtlich nicht mehr ausgelastet werden können. Die Leidtragenden sind dann die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts, die – zumindest in den Fällen, bei denen städtische Betriebe beteiligt sind – höhere Gebühren zahlen müssen. Wir werden deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen um zu verhindern, dass in Sachsen-Anhalt weitere Kapazitäten für die Vorbehandlung des Mülls entstehen.

Feinstaubbelastung senken

1445 Wie überall in der Bundesrepublik wurden die Verpflichtungen, die sich aus der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie und ihrer Tochtrichtlinien ergeben, auch in Sachsen-Anhalt jahrelang nicht beachtet. Wir treten dafür ein, dass sich dies in Zukunft ändert.

1450 Notwendig ist es u. a., die zu erstellenden Luftreinhaltepläne und die zugehörigen Aktionspläne schnell vorzulegen, damit auf dieser Grundlage in den betroffenen Städten unverzüglich Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung eingeleitet werden können. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, das Luftgütemessnetz für Sachsen-Anhalt (LÜSA) einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Damit soll festgestellt werden, ob u. U. an weiteren Stellen die Grenzwerte überschritten werden könnten.

Lärmbelastung verringern

1455 Lärm macht krank. Der Lärm von Autos, Eisenbahnen und Flugzeugen schränkt die Lebensqualität vieler Menschen erheblich ein. Hohe Lärmbelastungen können aber auch ein Risiko für die Gesundheit darstellen. Der Verkehrslärm gehört mittlerweile zu den größten Umweltproblemen in unserem dicht besiedelten und verkehrsreichen Land.

1460 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Schutz vor Lärm spürbar zu verbessern. Wir orientieren uns dabei an einer Empfehlung des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Dieser fordert, dass möglichst bald Mittelungspegel von 65 dB am Tage und 55 dB nachts nicht mehr überschritten werden. Auch die neue EU-Umgebungslärm-Richtlinie, die z. Z.

1465 in deutsches Recht umgesetzt wird, gibt wichtige Impulse für den Lärmschutz. Aufgrund der Richtlinie hat künftig jeder einen Anspruch auf Information über die aktuelle Lärmbelastung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die EU-Richtlinie schnellstmöglich auch in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird. Das bedeutet, anhand der in der Richtlinie vorgesehenen neuen Berechnungsmethoden die Lärmimmissionen in strategischen
1470 Lärmkarten (zunächst für Ballungsräume, Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstretre-

cken und Flughäfen) darzustellen. Bei zu hoher Belastung der Bevölkerung sind Lärm-minderungspläne aufzustellen. Damit soll der Umgebungslärm wirksam verringert werden.

Vor gefährlichen Chemikalien schützen

1475 Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Chemiestandort. Wir wollen, dass die bestehenden Arbeitsplätze langfristig gesichert bleiben. Dies kann aus unserer Sicht nur dann gewährleistet werden, wenn die neue Chemikalienpolitik auf EU-Ebene auch hier umgesetzt wird.

1480 Diese neue Strategie ist unter dem Namen REACH bekannt (REACH steht für: Registrati-on, Evaluation and Authorisation of Chemicals - Anmeldung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien) eingeführt wird. Gegen diese neue Strategie haben die Landesregie-rung und die Industrie wahre Horrorszenarien gezeichnet. Eine neue Studie der renom-mierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zeigt nun, dass die Auswirkungen auf die
1485 neuen System, das eine Reihe von Verbesserungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich bringt und fordern die Landesregierung auf, ihre ablehnende Haltung aufzugeben.

Wasserrahmenrichtlinie umsetzen

1490 Im Mittelpunkt der Wasserpolitik steht derzeit die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dieses Thema muss in Sachsen-Anhalt entschiedener verfolgt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die zu erstellenden Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenpro-gramme für die Flussgebiete unverzüglich erarbeitet und mit den Managementplänen für die FFH-Gebiete inhaltlich abgestimmt werden. Die aktive Einbindung der betroffenen Öff-
1495 fentlichkeit hat für uns einen besonders hohen Stellenwert, weswegen wir uns für eine in-tensivere und offensive Beteiligung der Öffentlichkeit einsetzen.

Abwasser dezentral entsorgen

1500 Im Abwasserbereich gibt es derzeit keine Alternative für die Fortsetzung der Entschuldung der Abwasserzweckverbände. Allerdings muss gleichzeitig auch der Druck auf die Ver-bände erhöht werden, die immer noch nicht rechtssichere Gebührenbescheide erlassen haben. Solchen und ähnlichen Versäumnissen muss entschiedener entgegengewirkt wer-den. Gleichzeitig sollen die bestehenden Strukturen im Abwasserbereich in den nächsten Jahren im Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit untersucht werden. Unter Berück-sichtigung der demographischen Entwicklung soll erreicht werden, dass fachlich vertretba-re Lösungen weitergeführt, aber ökonomische und ökologische Fehlinvestitionen korrigiert
1505 werden, um weitere Kostensteigerungen zu unterbinden. Unter diesen Aspekten sind

1510 auch neue Zubringersysteme zu zentralen Kläranlagen kritisch zu hinterfragen. Wir sind der Auffassung, dass dezentrale Anlagen für die Abwasserentsorgung in Sachsen-Anhalt in vielen Fällen wesentlich kostengünstiger und ökologischer arbeiten können.

1515 Wir setzen uns dafür ein, die Ausrichtung der Abwassergebühr an der versiegelten Fläche verbindlich gesetzlich festzuschreiben. Wir wollen im Kommunalabgabengesetz „gespaltene Abwassersatzungen“ zwingend vorschreiben. Die Kommunen werden verpflichtet, die Ableitung des echten Abwassers von der des Regenwassers zu trennen. Dies ist gerechter, schafft einen finanziellen Anreiz zu geringerer Versiegelung und beteiligt Großversiegler, wie etwa Einkaufszentren auf der grünen Wiese, angemessen an den Abwassergebühren.

1520 **Mehr Raum für Flüsse – mehr Schutz für Menschen**

1525 Die Hochwasserkatastrophe 2002 hat nicht nur Schäden in Milliardenhöhe verursacht, sondern auch vielfaches menschliches Leid verursacht. Die Ursache für diese Flut waren zwei kurz aufeinander folgende Starkniederschlagsereignisse. Klimaforscher prognostizieren für die Zukunft ein Anstieg dieser extremen Wetterlagen in der Elberegion. Neben der Zunahme von immer längeren Trockenperioden einerseits, sind häufigere, überdurchschnittliche Niederschläge andererseits sehr wahrscheinlich. Weitere Jahrhunderthochwasser wären die Folge. Die Ursachen für die katastrophalen Auswirkungen von Hochwassern sind indes größtenteils hausgemacht. Neben den durch Treibhausgase verursachten Klimawandel sind verschiedene Veränderungen der Umwelt mit verantwortlich für
1530 das erhöhte Hochwasserrisiko.

1535 Die zunehmende Flächenversiegelung durch Bebauung und Verkehrswege verhindert die Versickerung des Wassers. Die Umwandlung von Wiesen in Ackerland, die intensive Bewirtschaftung und die dadurch zunehmende Bodenverdichtung auf Ackerflächen verhindern die Versickerung des Regens und führen zu einem erhöhten Oberflächenabfluss. Das gleiche gilt für den Wald. Monokulturen, anfällig für Waldschäden, und Kahlschlag verstärken diese Entwicklung.

1540 Bäche und Flüsse wurden begradigt, indem Flussschleifen abgetrennt wurden, Ufer wurden geschottert oder betoniert. Das Wasser schießt durch diese Wasserrutschen immer schneller talwärts. Durch die Ausdeichung von 80 - 85 % der Auen gingen den Flüssen wertvoller Retentionsraum, Speicher für Hochwasser, verloren. Heute stehen der Elbe noch weniger als 20 Prozent ihrer ehemaligen Auen zur Verfügung, zuwenig Raum für die Wassermassen, die immer höher akkumulieren, weil sie woanders nicht versickern können.
1545

Die Landesregierung hat bisher nur einseitig agiert und hauptsächlich auf technische Lösungen gesetzt. Die Sanierung und der Bau von Deichen sind von hoher Priorität, aber sind nur ein Teil der erforderlichen Maßnahmen. Die Landesregierung scheut sich mit der Gesamtproblematik Hochwasserschutz auseinander zu setzen. Sie hat seit der Flut 2002 kein einziges neues Deichrückverlegungsprojekt beschlossen und auch kein Konzept zum Wiederanschluss von Altarmen oder zur Renaturierung von Auen vorgelegt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat hingegen den Wiederaufbau nach dem Hochwasser 2002 großzügig und schnell mit finanziellen Mitteln unterstützt. Das Bundesumweltministerium hat zusätzlich ein Hochwasserschutzgesetz vorgelegt, ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zum nachhaltigen Hochwasserschutz.

Ökologischer Hochwasserschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz ein, der modernen Umweltschutz und den Schutz der Menschen integriert und kombiniert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der rein ‚technische‘ Hochwasserschutz klare Grenzen hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den viel gepriesenen Vorsatz, den Flüssen mehr Raum zu geben, endlich in die Tat umzusetzen. Nur durch ein Senken der Hochwasserstände wird mehr Sicherheit geschaffen.

Notwendig ist aus unserer Sicht, durch Deichrückverlegungen, Altarmanschluss und die Renaturierung von Auen zusätzlichen Retentionsraum zu schaffen. Gesunde Wälder, Wiesen und Auenlandschaften wirken als natürliches Regulativ, indem sie beträchtliche Wassermengen zurückhalten und zwischenspeichern.

Der fortschreitenden Versiegelung der Landschaft muss entgegengewirkt werden. Der Flächenverbrauch muss gestoppt werden, damit das Wasser vor Ort versickern kann. Das Bauverbot für Siedlungen, Gewerbe und Verkehrswege in Überschwemmungsgebieten muss strikt eingehalten werden. Ackerflächen sollen in Dauerwiesen oder Weiden umgewandelt werden. Flächenstilllegungen sollen vorzugsweise in Überschwemmungsgebieten und den Grenzertragslagen der Mittelgebirge erfolgen. Die Ausstattung der Gebäude in Überschwemmungsgebieten soll in der Zukunft hochwassergerecht erfolgen, so sollten z. B. Gasheizungen im Gegensatz zu Ölheizungen auch in potentiellen Überschwemmungsgebieten obligatorisch werden.

Ökologisch mobil

Für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik

1585

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt stehen für eine Verkehrspolitik, die allen Menschen die Mobilität sichert. Mobilität ist für uns zuerst ein Bedürfnis nach Bewegungsfreiheit. Sie ist die Grundbedingung für wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Zugleich beeinträchtigt die Befriedigung dieses Bedürfnisses – Verkehr – jedoch die Lebensqualität in Stadt und Land: Lärm, Staus, Schäden an Gebäuden, Unfälle mit einer sehr hohen Anzahl von Toten und Verletzten sowie Umwelt- und Klimaschäden zeigen dies deutlich auf.

1590

Die Sicherung von Mobilität für alle bedeutet für uns insbesondere auch, dass benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch spezielle Maßnahmen Wege zur Teilhabe an der Mobilität und damit am öffentlichen Leben eröffnet werden. Dies betrifft sowohl die barrierefreie Zugänglichkeit von Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, die Erreichbarkeit von Zielen mit kurzen Wegen und gute öffentliche Verkehrsangebote.

1595

Künftig muss die Verkehrspolitik die strukturelle Situation des Landes mit dem tief greifenden Wandel in der Bevölkerungsentwicklung reflektieren. Alle verkehrspolitischen Maßnahmen müssen hinterfragt werden, inwiefern sie auch durch einen künftigen Bedarf abgedeckt sind. Prüfungsmaßstab muss dabei sein, welche Maßnahmen zur Entwicklung eines langfristig tragfähigen Verkehrssystems erforderlich sind, welches den Kriterien nachhaltiger Mobilität entspricht.

1600

1605

Strategisches Konzept für den Straßenbau

In den letzten 15 Jahren wurde das Straßennetz in Sachsen-Anhalt einem umfangreichen Ausbau unterzogen. Sowohl die lokalen Verbindungen befinden sich größtenteils in einem guten Zustand, überregionale Verbindungen (z.B. A14, B6n, A38) wurden erheblich verbessert bzw. neu geschaffen. Jedoch wurde der Straßenbau vor allem nach Wunschkategorien betrieben und orientiert sich noch viel zu wenig am tatsächlichen Bedarf insbesondere im Kontext der Bevölkerungsentwicklung. Dafür bestehen bei der Straßeninstandhaltung weiterhin Defizite, insbesondere im Landesstraßennetz.

1610

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt der Straßenverkehr insbesondere im ländlichen Raum einen unverzichtbaren Bestandteil des Verkehrssystems dar. Neben der notwendigen ständigen Verbesserung der Kraftfahrzeugtechnik sehen wir die Notwendigkeit, künftige Ausbaumaßnahmen im Kontext der o. g. Bevölkerungsentwicklung zu prüfen. Wir fordern eine Bedarfsermittlung innerhalb eines verkehrsträgerübergreifenden strategischen planerischen Konzeptes. Angesichts der knapper werdenden Mittel muss künftig der Erhalt vor dem Aus- und Neubau stehen.

1620

1625 Aufgrund des Fortschritts der Planungen sehen wir die Umsetzung der A14-Nordverlängerung, für die wir an sich keinen ausreichenden Bedarf sehen, als gegeben an. Neben der notwendigen Wahl der ökologisch am wenigsten schädlichen Trasse ist es für uns wichtig, dass für die Altmark insgesamt ein Mobilitätsplan entwickelt wird. Insbesondere die Qualifizierung des Angebotes im öffentlichen Nahverkehr ist für uns dabei ein wichtiger Baustein.

1630 **Projekt „Null Verkehrstote“**

1635 Trotz rückläufiger Unfallzahlen ist die Zahl der Unfallopfer im Straßenverkehr immer noch viel zu hoch. In Sachsen-Anhalt sterben neben den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bezogen auf die Einwohnerzahl deutschlandweit die meisten Personen bei Verkehrsunfällen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Projekt „Vision Zero“ des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Vision Zero zeigt Handlungsfelder bei allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzungen, beim Fahrzeugbau, beim Straßenbau und bei einer zur Mobilitätserziehung veränderten Verkehrserziehung auf. Auf Landesebene wollen wir uns auf die dort beeinflussbaren Fragen eines stärker unfallvermeidenden Straßenbaus und auf die Ausweisung ortsspezifisch angepasster Geschwindigkeitsbegrenzungen konzentrieren. Außerdem soll die vom Land bereits begonnene Mobilitätserziehung verstärkt und ausgeweitet werden

Öffentliche Verkehrsmittel attraktiv und bedarfsgerecht gestalten

1645 Der Öffentliche Nahverkehr in Sachsen-Anhalt hat heute eine sehr unterschiedliche Qualität. Während im Nahverkehr der großen Städte und im Schienenverkehr größtenteils eine gute Angebotsqualität besteht, besteht in vielen Landkreisen nur noch ein Grundangebot, das vor allem dem Schülerverkehr dient. Einige Mittelstädte wie z. B. Wernigerode oder Sangerhausen verfügen über vorbildliche Stadtbussysteme, andere wie z. B. Aschersleben bieten ihren Bürgern so gut wie keine Fahrmöglichkeiten. Noch immer besteht im größten Teil des Landes kein Verkehrsverbund mit einheitlichen Tarifen und abgestimmten Fahrplänen.

1655 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine konsequente Förderung der Öffentlichen Verkehrsmittel, um diese zu einer attraktiven Alternative zum Autoverkehr zu entwickeln. Auch die Öffentlichen Verkehrsmittel müssen jedoch im Kontext der Strukturumbrüche weiterentwickelt werden. Während im ländlichen Raum künftig auch attraktive alternative Bedienformen wie z.B. Rufbusse im Vordergrund stehen werden, muss der Schienenver-

kehr als Verbindung zwischen den Zentren weiter verbessert werden. Dies betrifft auch den überregionalen Verkehr zu den Zentren der benachbarten Bundesländer.

1660

Die von der Landesregierung eingeleitete Offensive für alternative Bedienformen geht noch nicht weit genug, weil sie keine qualitativen Maßstäbe setzt. Die an sich richtige Umstellung von Linienverkehren auf z. B. Rufbusse kann nur dann erfolgreich sein, wenn das Angebot dabei auch verbessert wird. Die Finanzierung solcher Maßnahmen ist sicherzustellen.

1665

Im Raum Halle/Leipzig besteht bereits ein Verkehrsverbund, in dem Fahrplanabstimmung vollzogen und einheitliche Tarife umgesetzt werden, in der Region Anhalt ein Tarifverbund. Für den übrigen Teil des Landes sind so rasch wie möglich ebenfalls Verbundstrukturen umzusetzen. Dafür muss die Landesregierung den Landkreisen die entsprechende Unterstützung verschaffen.

1670

Projekt Innovationen im ÖPNV

Wie im Schienenverkehr bereits durchgesetzt, sind auch im ÖPNV wettbewerbliche Strukturen einzuführen. Insbesondere die bislang überwiegend landkreiseigenen Unternehmen sind bei ihrer Ausrichtung auf den Wettbewerb zu unterstützen.

1675

Die Schienenverkehrsangebote als Verbindung zwischen den Zentren sind weiter zu verbessern, in dem die Reisezeiten weiter verkürzt und die Takte verdichtet werden. Da die Deutsche Bahn AG offenbar nicht zu einer Sanierung der Nebenstrecken willens und in der Lage ist, wird vorgeschlagen, diese in Landesverantwortung zu übernehmen und z. T. mit Landesmitteln zu sanieren.

1680

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein massives Programm zur Modernisierung des Nahverkehrs. Dies bezieht sich auf moderne Kommunikationstechnologien zur Anschlussabstimmung und -sicherung einerseits und auf einfache Lösungen des elektronischen Ticketings andererseits.

1685

Schieneinfrastruktur sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher dafür ein, dass die Verantwortung für die Weiterentwicklung der regionalen Netze in Landesverantwortung übergeben wird. Dafür ist durch den Bund ein angemessener Teil der für die Schienenwege zur Verfügung stehenden Mittel an die Länder auszureichen. Ob die regionalen Netze in direktes Landeseigentum übergehen oder Kooperationsmodelle mit privaten Unternehmen gesucht werden, ist gesondert zu prüfen.

1695

Wir setzen uns vehement dafür ein, die Anbindung an den Fernverkehr zu erhalten und verbessern. Die entstandenen oder noch entstehenden Lücken sind ggf. durch im Wettbewerb vergebene SPNV- Leistungen zu ersetzen, die eine Anbindung mindestens bis zu den benachbarten Oberzentren sicherstellen.

Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren

Während die Bedingungen für den Gütertransport auf der Straße in den vergangenen Jahren erheblich verbessert werden konnten, wurden jene für den Verkehr auf der Schiene immer ungünstiger. Viele Anschlussgleise wurden in der letzten Zeit stillgelegt, wichtige Routen aus dem Netz genommen. Mit der Einweihung des Bundeswasserstraßenkreuzes bei Magdeburg wurde die Infrastruktur für die Binnenschifffahrt bereits deutlich verbessert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den Güterverkehr auf die Schiene zu konzentrieren. Die LKW-Maut als verursachergerechtes Steuerungs- und Finanzierungsinstrument soll weiter entwickelt werden. Dies betrifft insbesondere die Ausweitung auf ausgewählte Bundesstraßen, die als Umgehungsrouten benutzt werden (z. B. Magdeburger Ring).

Das von der Landesregierung aufgelegte Programm zur Förderung von Anschlussgleisen soll ausgeweitet werden. Dazu gehören jedoch auch konzeptionelle Vorstellungen des Landes, wie insgesamt mehr Güterverkehr auf der Schiene stimuliert werden kann, wenn sich die DB AG Schritt für Schritt aus dem Güterverkehr zurückzieht und letztlich nur noch Ganzzugverkehre durchführt.

Güterschifffahrt an natürlichen Potenzialen orientieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass sich die Güterschifffahrt auf Elbe und Saale an den natürlichen Potentialen der Flüsse orientieren muss. Sie ist nur dann ein relativ umweltfreundliches Verkehrsmittel, wenn die Flüsse nicht durch weitere Baumaßnahmen zerstört werden. Die verschärfte Unterhaltung oder den Ausbau der Elbe lehnen wir ab.

Die Bedeutung der Elbe als Wasserstraße nimmt seit 1913 kontinuierlich ab. 1989 wurden noch 9,5 Mio. Tonnen pro Jahr transportiert, heute sind es noch ca. 1 Mio. Diese Menge kann von 2 Güterzügen, die täglich von Hamburg nach Prag und wieder zurückfahren, übernommen werden.

1735 Trotz der 100 Millionen Euro, die seit 1995 zur Verbesserung der Fahrbedingungen der Elbe aufgewendet wurden, fahren immer weniger Schiffe. Grund: es ist keine sichere, ganzjährige Befahrbarkeit der Elbe gewährleistet - eine unverzichtbare Voraussetzung für einen modernen Verkehrsträger. Diese Situation kann sich in der Zukunft noch verschärfen. Studien zeigen, dass die Dauer und Häufigkeit von Niedrigwasserperioden zunehmen werden. Hingegen kann der Güterschiffsverkehr in Ost-West-Richtung über die 2003 fertig gestellte Trogbrücke bei Magdeburg die Elbe unabhängig von ihren Wasserständen überqueren. Um die Bedingungen für die Güterschiffahrt zu verbessern, müssen die logistischen Abläufe in den Häfen und die Schifffahrt auf den bereits ausgebauten Wasserwegen, wie Mittellandkanal und Elbe- Havel- Kanal weiter optimiert werden.

1740 Die Sohleerosion der Elbe, maßgeblich verursacht durch Flussbauwerke, hat jetzt schon bedrohliche Auswirkungen. Der Fluss gräbt sich immer tiefer in sein Bett, der Wasserspiegel fällt, Auen fallen trocken. Das Biosphärenreservat und das UNESCO Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich sind gefährdet.

Verkehrskonzept für die Elbe

1750 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzten sich für ein umfassendes Verkehrskonzept für den Elbekorridor, das die verschiedenen Verkehrsträger, deren Nutzen und deren ökonomischen und ökologischen Kosten, einbezieht, ein. Nur an Hand eines verkehrsträgerübergreifenden planerischen Konzeptes können die zur Verfügung stehenden Finanzen sinnvoll eingesetzt werden. Die Bahn ist ein umweltfreundlicher Verkehrsträger, der ganzjährig und zuverlässig fahren kann und der freie Kapazitäten hat. Nach dem Gießkannenprinzip auf den parallelen Ausbau sämtlicher Verkehrsträger zu setzen, wie die Landesregierung, ist kostenintensiv, und nicht effektiv.

1760 Die Elbe in Sachsen-Anhalt, der letzte naturnahe, große Strom in Deutschland, ist eine Attraktion, die immer mehr Touristen und Erholungssuchende anzieht. Das UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe sind ein wichtiges, wirtschaftliches Potential für Sachsen-Anhalt. Beide sind direkt von einer lebendigen Elbe abhängig.

1765 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den zügigen Bau der Niedrigwasserschleuse bei dem Hafen Magdeburg ein. Dadurch wird der Hafen ganzjährig an das Kanalsystem angeschlossen und ist unabhängig von den niedrigen Wasserständen der Elbe.

1770 Wir lehnen den Bau des Saale- Kanals als eine unsinnige Fehlinvestition und Verschwendung von Steuergeldern ab. Der Kanal wird die Schifffahrt auf der Saale nicht nennenswert beleben, denn die Schiffe müssen auch durch die wasserstandsunsichere Elbe. Den

Saale- Kanal zu planen, heißt den Ausbau der Elbe in Kauf zu nehmen und die größten Auenwälder Mitteleuropas zu vernichten.

1775 Die traditionellen Gierseilfähren an Elbe und Saale sind umweltfreundliche Verkehrsmittel sowie eine touristische Attraktion und sollen erhalten werden.

Förderprogramme für Fuß- und Radverkehr

1780 Fuß- und Radverkehr sind die umweltfreundlichsten Fortbewegungsmöglichkeiten. In Orten, wo eine vergleichsweise gute Radverkehrsinfrastruktur vorhanden ist, wie dem anhaltischen Raum oder in Magdeburg, steigt der Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Wege weiterhin an. Dazu trägt auch die kostenlose Fahrradmitnahme im SPNV des gesamten Landes und in den Bussen und Bahnen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes bei.

1785 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine umfangreiche Förderung des Fuß- und Radverkehrs ein. Insbesondere auf Grund der in der Regel kostenunaufwändigen Fördermaßnahmen kann mit der Förderung dieser Verkehrsarten ein besonders effizienter Beitrag für eine sinnvolle Verkehrspolitik geliefert werden.

1790 Um die Aufenthaltsqualität in den Orten zu verbessern, regen wir ein Förderprogramm zur fußgängerfreundlichen Umgestaltung der Zentren an. Beim Radverkehr drängen wir auf eine Ausweitung der unkomplizierten Fahrradmitnahme auf alle öffentlichen Verkehrsmittel inkl. des Fernverkehrs der Bahn.

1795 Ein landesweiter Masterplan soll strategische Bestandteile eines landesweiten Radverkehrsnetzes vorgeben, die dann kostensparend bei Straßenbaumaßnahmen mit umgesetzt werden. Insbesondere sind hier die Schaffung von zwischengemeindlichen Verbindungen in den neuen Verwaltungsgemeinschaften zu fördern. Wir treten dafür ein, dass im Rahmen eines Landespilotprogramms im Umfeld der Hauptbahnhöfe von Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau die Errichtung von Fahrradstationen gefördert wird. Nach einer 1800 Testphase ist die Ausweitung auf andere Orte mit einem entsprechenden Potential zu prüfen.

Mittel auf Flughafen Leipzig-Halle konzentrieren

1805 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine realistische Abwägung der positiven und negativen Seiten des Flugverkehrs. Unter der Annahme, dass der innerdeutsche Verkehr hauptsächlich auf Schiene und Straße abgewickelt wird, besteht aus unserer Sicht in Sachsen-Anhalt nur Bedarf für einen Flughafen. Hier besteht mit dem Flughafen Leip-

zig/Halle bereits ein hervorragend ausgebauter und gut erschlossener Standort, in den auch bereits umfangreiche sachsen-anhaltische Fördermittel geflossen sind.

1810

Wir begrüßen die Ansiedlung von DHL am Flughafen Halle-Leipzig. Doch zur dauerhaften Akzeptanz solcher Ansiedlungen und der damit verbundenen Nachtflüge ist ein nachhaltiger Lärmschutz unbedingt erforderlich – aktiv durch über die bislang geltenden gesetzlichen Vorgaben hinaus geltende Vorschriften oder Vereinbarungen, so dass nur lärmarme Maschinen für die Nachtflüge eingesetzt werden können; und passiv durch ergänzende Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Einflugschneisen.

1815

Auch zur Stärkung des Standortes Flughafen Leipzig-Halle fordern wir eine konsequente Konzentration der Fördermittel. Damit schließen sich weitere Förderungen der Flughäfen und -plätze in Magdeburg und Cochstedt aus. Im Gegenzug ergibt sich jedoch die Bedingung, den Flughafen Halle/Leipzig besser in den öffentlichen Verkehr für die Regionen in Sachsen-Anhalt zu integrieren.

1820

Eine starke Stimme für den Verbraucherschutz

1825

Verbraucherrechte schützen und stärken

Verbraucherschutz hat nicht nur bei der jetzigen Landesregierung einen untergeordneten Stellenwert. Auch bundesweit finden sich nur noch in fünf Ländern eigene Verbraucherschutzministerien. Zurückgehende Zuschüsse für die Verbraucherberatungsstellen oder die Zersplitterung der Zuständigkeiten des Verbraucherschutzes in die Verantwortlichkeiten vieler Ministerien unterstreichen dies. Nicht zuletzt Slogans wie „Vorfahrt für Arbeit“ geben einseitig wirtschaftlichen Belangen Vorrang vor dem Schutz sowie transparenter Information der Bürgerschaft. In einer aktuellen Untersuchung der Verbraucherzentrale wurden deutschlandweit erhebliche Lücken aufgezeigt. Besonders eine aktive Politik der Bundesländer wird als maßgebend angesehen. Leider sind fast überall die personelle und finanzielle Ausstattung von Kontrollbehörden und Verbraucherzentralen unzureichend.

1830

1835

Der Markt allein wird Konsum und Produktion nicht in die ökologisch und sozial richtige Richtung im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher leiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher Informations- und Beratungsangebote für Verbraucher und Verbraucherinnen verstärkt fördern.

1840

Ökologische Verantwortung und Stärkung der Verbraucherrechte sind zentrale Elemente der Politik von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN. Verbraucherschutz bedeutet, dass schon im Vorfeld darauf geachtet wird, mögliche Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit und die wirtschaftlichen Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermeiden.

1845

Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe

1850 Verbraucherpolitik ist heute eine Querschnittsaufgabe, die weit über ernährungspolitische Aufgaben hinaus geht; sie ist eben auch Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik, Umwelt- sowie Bildungspolitik. Diesem Sachstand tragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rechnung, indem wir die Belange des Verbraucherschutzes in alle Themenfelder unseres Wahlprogramms integriert haben. Beispielhaft sei unser Engagement für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, für eine transparente Produktion von gesunden Lebensmitteln, für übersichtliche Preis- und Tarifstrukturen beim ÖPNV, für mehr Kostentransparenz bei den
1855 Energiepreisen, für die Stärkung der Fahrgastrechte der Bahnkunden, beim Chemikalienrecht (REACH), der Schuldnerberatung oder beim Jugendschutz (Handykosten etc.) genannt.

1860 Mindestens ebenso wichtig ist, dass Information für jeden und jede – für Alt und Jung und für alle Bildungsschichten – leicht zugänglich und verständlich ist. Unsere Politik orientiert sich daran, dass jeder einen Zugang zu Leistungen der Grundversorgung wie gesunde Lebensmittel, nachhaltige Energieversorgung, Girokonto, zuverlässigem Personenverkehr, modernen Kommunikationsmitteln haben soll.

1865 Wir nehmen Unternehmen in die Verantwortung und zeigen Wege auf, wie sie Verbraucherorientierung zum Standortvorteil machen können und wie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung auch international zum Wettbewerbsvorteil wird. Eine aktive Verbraucherpolitik unterstützt die Wirtschaft in ihrer Zukunftsfähigkeit.

1870 Verbraucherschutz als Ressort

Wir plädieren dafür, die Finanzausstattung der Verbraucherzentralen in Sachsen-Anhalt zu verstetigen. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Verbraucherinformation und der Interessenvertretung von Verbraucherrinnen und Verbrauchern. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wollen wir das Angebot der Verbraucherzentralen aufrechterhalten.

1875

Wir streben an, alle Belange des Verbraucherschutzes in einem Ministerium zusammenzuführen. Analog zu den Erfahrungen auf Bundesebene und in anderen Bundesländern ist es dringend geboten, die Aufgaben des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt um eine Abteilung Verbraucherschutz zu erweitern.

1880

Es muss weiterhin möglich sein, Musik für private Zwecke zu kopieren oder Filme aus dem Fernsehen aufzunehmen. Wir setzen uns für eine gerechte Balance zwischen den

Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen und den Urheber und Urheberinnen sowie Verwerter und Verwerterinnen kultureller Güter ein.

1885

Bürgerrechte stärken

Für eine offene Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe

1890 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für einen konsequenten Paradigmenwechsel im Selbstverständnis von Verwaltung vom Hoheitsträger zum Partner und Dienstleister des Bürgers. Das Internet und die neuen Medien insgesamt können dabei als Kommunikationsinstrument zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der Behörde wertvolle Dienste leisten. Der Anspruch der Bürger an eine moderne Verwaltung beinhaltet, dass standardisierte Dienstleistungen (eGovernment) jederzeit zur Verfügung stehen und ohne
1895 Wartezeiten online abrufbar sind. Hier besteht bei Kommunen und Landesverwaltungen noch erheblicher Ausbaubedarf.

Für eine konsequente Verwaltungsreform

1900 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Verwaltung ihre Strukturen und Systeme primär auf die Nachfrage ihrer Abnehmer (der Kundinnen und Kunden) einstellt und ausgehend davon ihre Prozesse neu strukturieren muss. Flache Hierarchien, ein Dienstrecht, das für motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Anreize schafft, Reduzierung des Beamtentums sind Eckpunkte einer echten Verwaltungsreform. Wir setzen uns ein für einen Wandel hin zur „lernenden Organisation“, für aktive Überwindung der Reformresistenz von Hierarchieebenen und ein Umdenken der Mitarbeiter in Richtung Kostenbewusstsein und Kundenorientierung.
1905

1910 Kleine Bürgerbüros müssen die online-gestützte Bearbeitung von Vorgängen anbieten. Wir unterstützen Pilotversuche in dünn besiedelten ländlichen Gebieten, die die Möglichkeit ausloten, über kommunale Aufgaben hinaus private Dienstleistungen (wie Bank, Post, Reisebüro u. a.) in kleinen Agenturen zu konzentrieren und anzubieten. Durch die Einrichtung von dezentralen Bürgerbüros und den Ausbau elektronischer Dienstleistungen ist zu gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger keine längeren Wege zu den für sie wichtigen Einrichtungen der Kreisverwaltungen in Kauf nehmen müssen. Ziel muss es
1915 sein, Lösungen aus einer Hand anzubieten. Es ist zwingend notwendig, per Gesetz Funktion, Aufgaben, Standorte und Erreichbarkeit der Bürgerbüros zu definieren.

Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden erhalten

1920 Auf keiner Ebene des politischen Systems ist der Kontakt zwischen Bürgern und politischen Akteuren so unmittelbar und die Möglichkeit zur direkten Mitgestaltung so groß. Ei-

1925 ne Vielzahl von Menschen engagiert sich in Ortsverbänden oder Bürgerinitiativen. Doch selten waren die Bedingungen für Kommunalpolitik so schwierig wie heute. Die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gemeindefinanzreform geht den Städten und Gemeinden nicht weit genug. Die Ausgaben steigen trotzdem, weil Bund und Länder den Kommunen immer neue Aufgaben zuweisen.

1930 Doch auch die demographischen Veränderungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt erfordern grundlegende Überlegungen für nahezu alle Gemeinden, Städte und Landkreise unseres Landes. In fast allen Regionen des Landes wird die Einwohnerzahl in den nächsten Jahren teilweise dramatisch zurückgehen. Die Kommunen müssen sich darauf einstellen, dass nicht Wachstum ihre künftige Entwicklung bestimmt, sondern Schrumpfungsprozesse, die kreative Ideen des partiellen Umbaus und des sektoralen Rückbaus brauchen.

1935 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Städte ihre Selbstverwaltungsaufgaben wieder gestalten und unabhängig voneinander wahrnehmen können. Eine aktive Haushaltskonsolidierung und die konsequente Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungskonzepte dienen dabei der Sicherung der zukünftigen Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Notwendige kontinuierliche Anpassungen von Verwaltungsstrukturen an diese Entwicklung muss gefördert werden durch das Streichen überholter Verwaltungsvorschriften in den Kommunen. Zeitaufwendige Planungsabläufe müssen beschleunigt werden, damit die Kommunen im europäischen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben.

1945 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Überprüfung staatlicher Aufgaben ein, inwieweit diese verzichtbar sind oder privatisiert werden können. Nicht privatisierbare staatliche Aufgaben sind zur Erfüllung nach Weisung auf die Kommunen zu übertragen, sofern die kommunale Leistungsfähigkeit sichergestellt wird und eine Übertragung wirtschaftlicher und zweckmäßiger ist.

1950 Wir sind für die konsequente Umsetzung des Prinzips der Konnexität, bei dem mit einer Aufgabenzuweisung an die Städte gleichzeitig auch eine möglichst exakte Geldmittelzuweisung stattfindet. Kommunen können bei der Wahrnehmung und Erledigung von Aufgaben private Partner aus der Wirtschaft hinzuziehen (sog. Public-Private-Partnership (PPP)-Modelle). Der bisherige Ansatz der Allzuständigkeit der Gemeinden mit ihren Gemeinderäten steht damit vor neuen Herausforderungen. PPP-Modelle können ein Instrument zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Effizienzsteigerung sein.

Gesellschaftliche Willensbildung stärken

1960 Wir setzen uns dafür ein, dass sachkundige Einwohner/Bürger zukünftig verstärkt in beratende Ausschüsse einbezogen werden. Wir wenden uns dagegen, dass zukünftig die gleichen Hinderungsgründe, die für Gemeinderatsmitglieder gelten, auch für die sachkundigen Einwohner zutreffen sollen. Somit können künftig bestimmte Personenkreise nicht mehr als sachkundige Einwohner berufen werden. Dies stellt eine Einschränkung dar, die nach unserer Auffassung zu weit greift.

1965 Nur mit den Möglichkeiten einer breiten Bevölkerungsbeteiligung kann der leider zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden. Wir wenden uns daher gegen die Aufhebung des Paragraf 24a des Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts (2005). Der Paragraf fördert die gesellschaftliche Willensbildung und unterstützt die Entscheidungsfindung vor Ort. So Eine gesetzliche Kann- Bestimmung in der
1970 Gemeinde- und Landkreisordnung, also der wichtigen Kommunalverfassung unseres Landes Sachsen-Anhalt, ist ein legitimes Hilfsmittel zur Entwicklung der Demokratie. Daher ist diese Vorschrift nicht entbehrlich.

Für eine konsequente Gebietsreform

1975 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in dem verabschiedeten Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz (KomNeuglGrG) keinen langfristigen Lösungsansatz für die dringend notwendige kommunale Neustrukturierung im Land Sachsen-Anhalt. Weder von der vorgesehen Fläche noch von der Einwohnerzahl stellt das Gesetz eine Grundlage zur Lösung der Strukturprobleme des Landes Sachsen-Anhalt dar.

1980 Nach der Landtagswahl 2006 streben wir keine Aufhebung, aber eine wesentliche Verbesserung und Ergänzung des Kommunalneugliederungsgesetzes an. Vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen und schrumpfender finanzieller Spielräume bieten vergrößerte Landkreise eine Möglichkeit die Verwaltungshaushalte zu entlasten und
1985 Regionen zu entwickeln. Dabei müssen die Strukturen so gewählt werden, dass einerseits eine ausreichend große Einwohnerzahl die Leistungskraft der neu zu schaffenden Landkreise garantiert und dass andererseits eine bestmögliche Bürgernähe erreicht werden kann.

1990 Wir dringen darauf, die Stadt-Umland-Problematik zu lösen. Sie bedarf nicht nur bei den Oberzentren Halle, Magdeburg und Dessau-Rosslau besonderer Beachtung, sondern auch in den Mittelzentren etwa der Altmark oder des Harz-Vorlandes. Dazu werden Eingemeindungen der mit besonders betroffenen Städten eng verflochtenen Umlandgemeinden zwingend notwendig sein. Voraussetzung sind verbindliche und transparente raum-

1995 ordnerische Rahmenbedingungen. Die Bildung von Zweckverbänden, wie sie im KommNeuIGrG vorgesehen ist, halten wir für keinen geeigneten Weg zur Lösung des Stadt-Umland-Problems.

Für eine konsequente Kommunalreform

2000 Wir setzen uns dafür ein, die Kommunalreform wie ursprünglich vorgesehen als Gebiets- und Funktionalreform anzugehen. Eine Kommunalreform, die diesen Namen auch verdient, hat nicht nur Landkreise zusammen zu legen, sondern Funktion und Aufgaben der Organe des Landkreises (Landrat und Kreistag) neu zu beschreiben.

Die Kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Der Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene kommt große Bedeutung zu. Eine Funktionalreform muss die Zuständigkeiten von Obersten, oberen und unteren Instanzen in vergrößerten Landkreisen neu regeln. Um kommunale Selbstverwaltung zu stärken, ist die Zuständigkeit von Städten und Gemeinden (auch Verwaltungsgemeinschaften), soweit nicht übergeordnete Gesichtspunkte dagegen sprechen, zu verbreitern. Eine Novellierung der Gemeinde- und der

2010 Landkreisordnung ist zwingend erforderlich. Dabei ist das Instrument berufener Bürger in Gemeinde- und Stadträten sowie in Kreistagen verbindlich einzuführen.

Sicherheit rechtsstaatlich gestalten

Es ist Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Terroranschlägen, Kriminalität und Gewalt zu schützen. Die von der Union betriebene Aufrüstung der inneren Sicherheit lehnen wir ab. Die föderale Struktur der Sicherheitsbehörden hat sich bewährt. Gleichwohl muss die Zusammenarbeit der Behörden des Bundes ebenso wie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert werden. Das hat unter strikter Beibehaltung der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten zu geschehen. Wir lehnen eine

2015

2020 Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Die Gefahrenabwehr ist Ländersache und damit Aufgabe der Polizei. Auch ein Hintertreiben des staatlichen Gewaltmonopols durch eine schleichende Privatisierung öffentlicher Ordnung lehnen wir ab.

2025 Wir plädieren dafür, die Änderungen des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG) in Bezug auf die geregelte Rasterfahndung zu ändern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben erhebliche Bedenken gegen die in § 31 des SOG geregelte Rasterfahndung. Mit den 2003 durch die Landesregierung eingeführten Änderungen wurden die Schwellen für eine Rasterfahndung deutlich gesenkt, obgleich

2030 hier ganz erheblich in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen wur-

de. Wir setzen uns dafür ein, dass polizeiliches Handeln zukünftig wieder durch Richter kontrolliert wird (Wiedereinführung des Richtervorbehalts).

2035 Wir wollen der Wirtschaftskriminalität wirksamer begegnen. Jedes Jahr wird die Gemein-
schaft durch Korruption und Verschwendung finanzieller Ressourcen im öffentlichen wie
privaten Bereich in Milliardenhöhe geschädigt. Dem muss durch Transparenz und verant-
wortungsvollere Kontrolle, aber auch mit strafrechtlichen Mitteln begegnet werden. Wir
setzen uns für die Einführung eines konsequenten Korruptionsregisters und die Auswei-
2040 tung eines verbindlichen Verhaltenskodex zum Schutz von öffentlichem und privatem Ge-
sellschaftsvermögen ein.

Schutz der Privatsphäre

In den letzten Jahren haben sich die technischen Voraussetzungen zur Erfassung sensib-
ler persönlicher Daten rapide fortentwickelt, ohne dass sich in gleichem Maße ein Be-
2045 wusstsein für die Sensibilität dieser Daten herausgebildet hätte. Strafverfolgungsbehörden
und Nachrichtendienste fordern im Namen der Prävention immer weitergehende Überwa-
chungsbefugnisse. Aber auch im privatwirtschaftlichen Bereich werden immer mehr Kun-
dendaten gespeichert, ohne dass die Betroffenen dies wirklich realisieren. Auch die Über-
prüfung von Personendaten von Ausländern aus Gründen der öffentlichen Sicherheit hat
2050 seit dem 11. September 2001 stark zugenommen.

„Der Mensch hat ein Recht darauf, in Ruhe gelassen zu werden“ Diese Formulierung des
Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum großen Lauschangriff ist Leitlinie unserer Poli-
tik. Vertrauensvolle Kommunikation in Privaträumen, am Telefon, mit dem Seelsorger,
2055 Anwalt oder Arzt muss in jedem Falle möglich bleiben. Es muss grundsätzlich transparent
gemacht werden, nach welchen allgemeinen Kriterien Personendaten von Personen er-
hoben und abgeprüft werden.

Hinsichtlich der überhand nehmenden Telefonüberwachung wollen wir wirksamere richter-
liche Kontrolle und mehr Transparenz. Den großen Lauschangriff lehnen wir ab. Wir wol-
2060 len nicht zulassen, dass praktisch alle Bürgerinnen und Bürger unter Tatverdacht gestellt
werden. Die Kompetenzen des Landesdatenschutzbeauftragten sollen erweitert werden.
Wir wollen durch rechtliche und technische Maßnahmen dafür sorgen, dass E-Mails und
SMS den gleichen verfassungsmäßigen Schutzstatus erhalten wie die klassischen Kom-
2065 munikationsmittel Brief und Telefon.

Bürgernahe und unabhängige Justiz

Die Menschen müssen die Gewissheit haben, dass sie in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel ihre Rechte durchsetzen können. Eine Ausweitung der Gebühren in Sozialgerichtsverfahren lehnen wir ab. Wir wollen insbesondere durch effiziente Organisation in der Justiz Einsparpotenziale ausschöpfen, ohne den Rechtsschutz der Menschen zu beschneiden und die unabhängige Stellung der Richterinnen und Richter zu beeinträchtigen.

Urteile müssen grundsätzlich überprüfbar sein, denn der Rechtsweg ist die zentrale Garantie im Rechtsstaat. Die Verfahrensordnungen müssen fortentwickelt und vereinfacht werden. Die Reform des Sanktionsrechts ist überfällig. Wir brauchen ein Gesetz über die Untersuchungshaft. Im Jugendstrafrecht gilt es, den Erziehungsgedanken zu stärken und den Jugendstrafvollzug gesetzlich zu regeln. Wir wollen die Opferberatung stärken. Eine regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende sowie die Sicherungsverwahrung für Jugendliche lehnen wir ab. In Schnellverfahren muss umsichtig vorgegangen werden. Wir wollen Mediation als Mittel der Streitbeilegung stärken.

DDR-Vergangenheit weiter aufarbeiten

Die meisten Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts haben in der DDR gelebt, gelernt und gearbeitet. Viele sind mit den Grenzen des Systems in Berührung gekommen, haben sich nicht nur über Versorgungsengpässe geärgert, mussten für ein offenes Wort Nachteile in Kauf nehmen, wollten nicht akzeptieren, dass der Staat sich überall in ihr Leben einmischte, für Karrieremöglichkeiten Anpassung verlangte und Reisefreiheit verweigerte.

Aktuell müssen wir beim Rückblick auf diese Zeit eine zweifache Legendenbildung beobachten. Einerseits eine Ostalgiewelle, die vermeintlich positive Seiten des DDR-Lebens herausstellt und nach dem Motto „Es war nicht alles schlecht“ oft auf unzulässige Weise vereinfacht. Auf der anderen Seite beobachten wir eine generalisierende Abwertung der hier lebenden Menschen in Äußerungen wie denen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in der Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Wir treten dafür ein, dass die DDR-Vergangenheit auch weiterhin differenziert betrachtet wird. Das heißt für uns einerseits, dass die Aufarbeitung des Unrechts und die Benennung von Verantwortlichen nicht beendet werden darf. Andererseits muss die Lebensleistung der hier Lebenden anerkannt werden. Wir treten auch dafür ein, dass die DDR-Vergangenheit im Schulunterricht angemessen reflektiert wird.

2105 **Bürgerbeteiligung erwünscht**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, in der die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, eine wichtige Grundsäule der Gesellschaftspolitik. Bürgerschaftliches Engagement macht durch die Einmischung in soziale, kulturelle und politische Angelegenheiten praktische Solidarität erfahrbar. BÜNDNIS

2110 90/DIE GRÜNEN wollen mit Hilfe von Freiwilligenagenturen jedem Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich für andere und für die Gesellschaft zu engagieren. Außerdem wollen wir die bestehenden Jugendfreiwilligendienste ausbauen und neue Modelle für alle Altersgruppen einführen. Freiwilligenarbeit braucht ein Mindestmaß an professioneller Infrastruktur.

2115

Wir wollen, dass Jugendliche das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren erhalten.

Die Vielzahl unterschiedlicher Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, wie z.B. Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Einwohnerfragestunde und -versammlung zu erhalten und durch das Heruntersetzen der Anzahl der Unterstützer sollen weiter ausgebaut werden.

2120

Gleiche Rechte für Lesben und Schwule

Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem jeder Mensch selbst bestimmt und frei von Diskriminierungen leben kann. Dazu gehören auch gleiche Rechte und Pflichten für Lesben und Schwule und für ihre Partner und Partnerinnen. Ihre fortgesetzte Diskriminierung ist unserer Demokratie nicht würdig. Sie muss ganz und gar beendet werden. Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Seit dem 01. August 2001 stehen Eingetragene Lebenspartnerschaften unter gesetzlichem Schutz. Das ist ein großartiger Erfolg, auf den

2125 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lange hingearbeitet hatten. Dennoch sind wir nicht am Ziel. Bei den Pflichten gibt es bereits volle Gleichstellung, bei den Rechten noch nicht. Im Landesrecht (und im Bundesrecht - je nach Stand des Ergänzungsgesetzes!) werden wir deshalb die Eingetragenen Lebenspartnerschaften völlig gleich berechtigen. Auch die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Familien mit Kindern muss beendet werden.

2130

2135

Mit ihrer Bildungs-, Sozial- und Kultur-Arbeit und mit ihrer AIDS-Aufklärung leisten die Lesben- und Schwulen-Vereine und AIDS-Hilfen ein unersetzliches Engagement. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dieses Engagement verlässlich unterstützen. Vorurteile und Gewalt gegen und Diskriminierungen von Lesben und Schwule(n) sind auch in

2140 Sachsen-Anhalt noch immer verbreitet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb, dass die Thematik "Gleichgeschlechtliche Lebensweisen" und Antihomosexuali-

tät/Heterosexismus ein fester Bestandteil in Aus- und Weiterbildung, vor allem aber im Schulunterricht werden.

2145 **Ja! Zu einem toleranten und weltoffenen Sachsen-Anhalt**

Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer mit der niedrigsten Ausländerquote (1,9 Prozent). Dennoch ist es trotz vieler Initiativen und Projekte noch immer nicht gelungen, ein Klima zu schaffen, in dem sich die ca. 50 000 Ausländer und Ausländerinnen ohne Angst bewegen können. Offene und unterdrückte Ausländerfeindlichkeit scheinen weit

2150 verbreitet. In einer sich ständig verändernden Gesellschaft müssen wir uns einerseits unserer eigenen Kultur bewusst werden, d. h. wir müssen regionale Identitäten pflegen und in Austausch mit anderen bringen. Zum anderen müssen wir lernen, mit kultureller Vielfalt und mentalen Unterschieden zivilisiert umzugehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb Aktivitäten und Projekte, die Wissen
2155 über und Verständnis für andere Kulturen vermitteln und sich für die Würde aller Menschen einsetzen.

Integration ist für uns keine Einbahnstraße. Sie steht vielmehr für einen Austausch mit- und untereinander und für das Lernen voneinander. Integration verlangt Anstrengungen auf beiden Seiten, von den Ausländern und Ausländerinnen und von uns als Gastland.

2160 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden mehr Geld in die Integrationsarbeit investieren. Es geht nicht an, dass beispielsweise lernwilligen Spätaussiedlern nur verkürzte Deutschkurse angeboten werden, obwohl diese erkennbar nicht ausreichen.

Schüleraustausche, internationale Praktika für Schüler, Auszubildende und Studenten sowie der europäische Freiwilligendienst machen jungen Menschen Weltoffenheit erleb-
2165 bar. Über diese Angebote muss aktiv informiert und dafür geworben werden. Wir setzen uns dafür ein, den internationalen Austausch und die Zusammenarbeit insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene im Hinblick auf bestehende Städtepartnerschaften mit internationalen Städten auszuweiten und attraktiver auszugestalten.

Als Bewohner eines der reichsten Länder der Erde ist es sowohl moralisch geboten, als
2170 auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse, die Lebenschancen der Ärmsten der Armen zu verbessern. Wir werden daher regionale und kommunale Partnerschaften zu Entwicklungs- und Schwellenländern stärken, Studenten und Studentinnen aus diesen Ländern Möglichkeiten zum Studium in Sachsen-Anhalt schaffen und den Wirtschafts- und Wissenstransfer zwischen Sachsen-Anhalt und diesen Ländern ausbauen. Wir setzen
2175 uns dafür ein, dass Menschen, die aus Nicht-EU-Ländern zu uns kommen wollen, um eine selbstfinanzierte Ausbildung zu absolvieren, unkompliziert die Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Nein! Zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

2180 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich den Herausforderungen des Kampfs gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Wir machen uns stark für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt.

Mit einem Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung werden wir die finanziellen Voraussetzungen für ein effizientes Engagement gegen Rechts legen.

2185 Der erstarkende Rechtsextremismus hat sich längst von der alleinigen Ausrichtung auf Gewaltdelikte gelöst, er ist kampagnen- und anschlussfähig geworden und hat sich eigene kulturelle Räume geschaffen. Um ihn zurückzudrängen müssen wir die Zivilgesellschaft stärken. In den an vielen Orten entstandenen lokalen Bündnisse und Initiativen gegen Rechts werden wir daher weiter engagiert mitarbeiten.

2190 Das im Mai 2005 gegründete Netzwerk für Demokratie und Toleranz kann einen wichtigen Beitrag für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt leisten, vorausgesetzt es wird inhaltlich ausgefüllt und zu einem Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung ausgebaut. Das werden wir tun. Mit unserem Landesprogramm sollen demokratische Initiativen und deren Vernetzung gefördert, die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt gewährleistet sowie Bil-

2195 dungs- und Jugendarbeit gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch für die Fortsetzung der erfolgreichen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Civitas und Entimon, z. B. in Form einer Bund-Länder-Stiftung ein.

Die täter- und mitläuferorientierte Sozialarbeit und Aussteigerprogramme sind zu stärken. Für Jugendliche, die kein Interesse an der braunen Kultur haben müssen die kulturellen

2200 Angebote ausgebaut werden.

In den Kommunen und in den Schulen werden wir jungen Menschen größeren Raum zu eigenverantwortlicher Mitwirkung schaffen. Wer in Initiativen und Jugendparlamenten Verantwortung übernimmt, dessen Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut sinkt.

2205 Die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit werden wir stärker fördern. Gedenkstättenarbeit und Bildungsarbeit zur Aufarbeitung totalitärer und autoritärer Gesellschaftssysteme tragen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bei.

2210 Eine Verschärfung des Versammlungsrechts lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wir wollen jedoch die Praxis beenden, dass die Polizei bei rechtsextremen Aufmärschen sowohl Entscheidungs- als auch Ausführungsorgan ist. Versammlungsbehörden sollen grundsätzlich die Landkreise und kreisfreien Städte sein.

Gleiche Rechte, gleiche Chancen für Frauen und Männer

Gleichstellung verwirklichen

2215 Die Landesregierung hat in der Frauenpolitik Kahlschlag betrieben. Zur Umsetzung frauenpolitischer Ziele braucht es weiterhin auch frauenpolitische Strukturen. Wer wie Herr Kley ganze Ressorts abschafft oder umbenennt, hat gender mainstreaming nicht verstanden. Gleichstellung von Frauen und Männern ist Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Demokratie ist erst dann verwirklicht, wenn Frauen und Männer gleiche

2220 Chancen in allen Lebensbereichen haben. Ziel ist eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit auf beide Geschlechter: vom Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt über kulturelle Vielfalt bis zum Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, von unterschiedlichen Lebensentwürfen bis zur gleichberechtigten Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen.

2225

Gleichstellung umfasst für uns gezielte Frauenförderpolitik, um die strukturelle Benachteiligungen von Frauen auszugleichen, ergänzt durch das Gender-Mainstreaming-Konzept. Alle politischen Maßnahmen sollen der Frage unterworfen werden, wie sie sich jeweils auf Frauen und Männer auswirken und ob sie zur Chancengleichheit zwischen Männern und

2230 Frauen beitragen.

Geschlechtergerechte Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die immer noch vorhandenen Rollenzuschreibungen von Männern und Frauen auflösen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming in allen Politik- und Verwaltungsbereichen. Als Voraussetzung dafür müssen alle Statistiken und Analysen spezifisch nach Geschlecht durchgeführt und ausgewertet werden.

2235

Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit

Frauen mit Kindern wollen und müssen einer bezahlten existenzsichernden Beschäftigung nachgehen. Dazu bedarf es einer ganztägigen Kinderbetreuung. Ein ganz besonderes Augenmerk richten wir auf die Probleme, die sich aus der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen ergeben. Unser politisches Handeln ist darauf ausgerichtet, diese Frauen in Sachsen-Anhalt zu halten. Voraussetzung dafür ist, das Familien- und Frauenbild den Realitäten anzupassen und in der Frauen- und Wirtschaftspolitik des Landes zu verankern.

2240

2245

Wir werden uns für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ist so zu flexibilisieren, dass bei Veränderung der beruflichen Situation der Eltern seitens der Betreuungseinrichtung sofort reagiert werden kann und keine Diskriminierung von Halbtagskin-

2250

dem durch die verschiedenen Angebote erfolgt. Die Betreuungszeiten der Kinder in den Kindertagesstätten müssen so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen der arbeitenden Eltern entsprechen.

2255 Wir setzen uns für Verbesserung der Situation von Frauenförderung in der Privatwirtschaft ein und für den Erhalt des Frauenfördergesetzes für den öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt. Die Erweiterung der gleichstellungs- und frauenfördernden Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im Land hat für uns Priorität.

2260 **Chancen auf Bildung, Aus- und Weiterbildung nutzen**

Die Sicherstellung des uneingeschränkten Zugangs von Frauen zur Bildung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein entscheidender Baustein für die Stärkung der Frauen und ein wichtiges Instrument, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Obwohl Fortschritte gemacht wurden, gibt es im Hinblick auf den Zugang zu Bildung nach wie vor eine Kluft zwischen Männern und Frauen. Geschlechtsbezogene Vorurteile sind sowohl im Bildungsbereich und insbesondere auch in technischen und gehobenen Berufen nach wie vor verbreitet. Diese finden ihren Niederschlag ebenso in Lehrbüchern und Lehrplänen wie in der Einstellung der Lehrerinnen und Lehrer.

2270 Zur Erreichung dieser Ziele setzen wir uns für den Erhalt von Kleinschulen in ländlichen Gegenden, für die Verbesserung der geschlechterorientierten Angebote im Vorschul- und schulischen Bereich ein. Angebote zur Schulsozialarbeit in allen Schultypen als präventive Maßnahme sind durch das Land zu fördern, Angebote zu einer geschlechterorientierten Berufsorientierung an den Schulen zu verbessern und Angebote der Gemeinwesen-

2275 gruppen im Land zu unterstützen.

Die Rahmenrichtlinien und Lehrpläne für den Unterricht sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit geschlechtsspezifische Gesichtspunkte der Berufsorientierung in den Fächern verankert werden können.

2280 **Aktiv gegen Gewalt**

Durch das Gewaltschutzgesetz der rot-grünen Bundesregierung hat sich die Situation von Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, dahingehend verbessert, dass jetzt gewalttätigen Männern der Zutritt zu gemeinsamen Wohnung verwehrt werden kann.

Diese Fortschritte werden durch die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgenommenen Mittelstreichungen im Frauenbereich gefährdet, denn noch immer brauchen bedrohte Frauen Schutz und Unterstützung in unabhängigen Beratungsstellen und Frauenhäusern.

2285

- Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt sowie für die existenzsichernde Finanzierung von Frauenhausstrukturen und unabhängigen Beratungsstellen in allen Landkreisen. Wir sind für das Vorhalten eines landesweiten qualifizierten Hilfenetzwerkes, dass dem tatsächlichen Bedarf in den Bereichen sexualisierte Gewalt, Gewalt im häuslichen und öffentlichen Bereich und Gewalt gegen behinderte Menschen entspricht.
- Wir setzen uns für die Förderung spezialisierter Beratungsstellen ein, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffene Frauen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft beraten und unterstützen. Diese Beratungsstellen können Dolmetscherinnen und Rechtsanwältinnen hinzuziehen, darüber hinaus stehen ihnen Mittel zur sicheren Unterbringung der Frauenhandelsopfer zur Verfügung.
- Eine Überarbeitung der landesrechtlichen Regelungen unter Berücksichtigung des am 01.01.2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes ist unumgänglich. Wir treten ein für die Verbesserung des Hilfenetzwerkes für Frauen und Mädchen und alle Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Stalking in Sachsen-Anhalt und für die Verbesserung der Situation von Asylbewerberinnen und Migrantinnen und deren Familien in den Asylbewerberunterkünften.

Diskriminierungen wirksam abbauen

- Das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und wichtigstes Instrument zur Durchsetzung der Frauenrechte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der UN (CEDAW) ist eine rechtsverbindliche, internationale Übereinkunft. Dieses Frauenrechtsübereinkommen erstreckt sich auf alle Lebensbereiche von Frauen und auf alle Diskriminierungsformen, denen sie ausgesetzt sind. Seit Hartz IV, wodurch Frauen besonders betroffen sind, gewinnt dieses Übereinkommen zunehmend an Bedeutung, gerade auch auf Landesebene und in den Kommunen. Frauen brauchen Orte der Kommunikation, geschützte Unterbringung bei drohender Gewalt, gesicherte Partizipation, politischen Rückhalt und Ressourcen.
- Wir setzen uns deshalb ein für die Erarbeitung einer Zukunftsstrategie des Landes zur konkreten Umsetzung dieses wichtigen Frauenrechtsübereinkommens. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Prozess der Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes in Sachsen-Anhalt aktiv begleiten und mitbefördern. Soziale Beratungsstellen im Land, wie z.B. im Bereich Mädchenarbeit, Sucht, Kinder- und Jugendschutz sind zwingend zu erhalten und finanziell durch das Land zu fördern. Dies gilt unbedingt auch für den Erhalt des Frauenkommunikationszentrums.

2325 **Stadtentwicklung aus Frauensicht**

Frauen haben einen anderen Zugang zu städtischem Leben. Sie nutzen die Städte anders als Männer. Frauen sind durch die Betreuung ihrer Familien und die Erwirtschaftung von Einkommen einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Nach wie vor sind es Frauen, die den Hauptteil der Familienarbeit leisten. Dazu sind sie auf die städtische Infrastruktur und die kommunalen Institutionen angewiesen. Frauen, ihre Kinder und ihre alt gewordenen Familienangehörigen sind die Hauptnutzerinnen des öffentlichen Nahverkehrs.

2330

Wir setzen uns deshalb ein für eine geschlechtergerechte Städteplanung. Konkret heißt dies: Wohngebiete, anders als bisher, als Wohn- und Arbeitsstätten zu planen. Frauen bevorzugen aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben Arbeitsplätze mit kurzen Wegen.

2335

Sportliche Angebote in den Kommunen sind in der Zukunft auch nach den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen abzustimmen. Gender Budgeting ist als zwingend notwendiges Instrument anzuwenden.

2340 **Gleichstellungsbeauftragte unterstützen**

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau ist Teil der Kommunalverfassung und somit Pflichtaufgabe der Kommunen. Die Gleichstellungsbeauftragte hält den Kontakt zu Frauenverbänden, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Unternehmen, Arbeitsverwaltungen und zu anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Einrichtungen. Ihr Ziel ist es, die Situation von Frauen und Mädchen zu verbessern. Die vielfältigen und wichtigen Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten können nicht ohne Qualitätsverlust ehrenamtlich geleistet werden.

2345

Wir setzen uns ein für Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern und Einwohnerinnen, die direkt den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen unterstellt sind. Die Änderung der Größenordnung von 20.000 auf 25.000 Einwohner, nach der die Gemeinden ausnahmslos zur Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter verpflichtet sind, lehnen wir ab.

2350

Stichwortverzeichnis

- Abfall** 37, 40
Arbeitsagentur 11
Arbeitslosigkeit 10, 11
Arbeitsmarktpolitik 8, 10
Arbeitsplätze 34
artgerechte Tierhaltung 14
Atomausstieg 37
Atomenergie 37
Ausbildung 18, 24
Bahn 41, 49, 51
behinderte Menschen 63
Bevölkerungsrückgang 40
Bildung 20, 22, 25, 26, 27, 30, 61, 62
Bildungspolitik 19, 26, 28
Biogas 35
Boden 14, 43
Bürgerbeteiligung 58
Bus 12, 46, 49
Chemie 8, 41
Datenschutz 57
DDR-Vergangenheit 58
demografische Entwicklung 32
Demokratie 55, 59, 61
Endlager 37
Energie 34, 36
Erneuerbare Energie 36
Familie 8, 14, 21, 25, 26, 59
Familienpolitik 17, 18, 19
Feinstaub 40
Flächenverbrauch 38, 44, 55
Flugverkehr 50
Fluss 42, 43, 48
Föderalismusdiskussion 17
Forschung 10, 15, 29, 30
Forschung und Entwicklung 8, 34, 35
Freizeit 13, 17
Fußgänger 50
Gebietsreform 55
Gegen Rechts 18, 60
Gesundheit 24, 25, 32, 41, 51
Gesundheitspolitik 17, 19, 22
Gesundheitsprävention 25, 32
Güterverkehr 47
Haushaltspolitik 16, 17
Hochschule 10
Hochschulpolitik 29
Hochwasser 42, 43
Infrastruktur 9, 11, 14, 19, 25, 29, 31, 38, 47, 49, 58, 64
Innovation 9, 47
investition 30
Investition 8, 9, 16, 26, 35, 39
Jugendpolitik 18
Justiz 17, 57
Kinder 11, 18, 19, 24, 26, 27, 28, 59, 62, 64
Kinderbetreuung 17, 19, 20, 28, 62
Klimaschutz 34
Klimawandel 43
Kommunalpolitik 53
Kraft-Wärme-Kopplung 35
Kultur 13, 19, 20, 32, 58, 59
Kulturpolitik 31
Landeshaushalt 16, 33, 38
ländlicher Raum 11
Landschaftsschutz 38
Landwirtschaft 11, 13, 14, 15, 16, 39, 51
Lärm 41, 44
Lärmschutz 50
Lesben 59
Mobilität 13, 20, 44
Nachhaltigkeit 32, 33
Naturschutz 38, 39
öffentlichen Sicherheit 57
ÖPNV 12, 47, 51
Radverkehr 49
Reformen 26
Regionalentwicklung 40
Schule 12, 20, 24, 26, 28, 29, 36, 63
Schwule 59
Seniorinnen und Senioren 14, 22
Solar 34, 35
Sozialpolitik 17
Sozialversicherungen 24
SPNV 47, 49
Sport 24, 32, 64
Stadtentwicklung 64
Steuern 11, 16, 17, 49
Straße 47
Straßenbau 45, 50
Straßenverkehr 45
Toleranz 59
Tourismus 13
Umwelt 52
Umweltbildung 28
Umweltpolitik 9, 33
Umweltschutz 10, 33, 34, 43
Verbraucherrechte 51
Verbraucherschutz 51, 52
Verkehr 9, 38, 41, 44, 45, 49, 51, 52
Verkehrspolitik 19, 44, 45, 50
Verschuldung 16
Versiegelung 40, 42, 43
Verwaltung 17, 23, 31, 50, 52, 54, 55, 56, 62
Verwaltungsreform 53
Wasserpolitik 42
Windkraft 34
Wirtschaftspolitik 8